

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Mus.

Abonnementspreis 50 Pf. pro Monat,
1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die sieben geplante Kolonel-

Bei einmaliger Ausnahme 10, bei 12 maliger Ausnahme 20 und bei
25 maliger Ausnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98. Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe. Telegramm-Adresse: Bergarbeiter-Verband Bochum.

Unterlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bei Rückruß unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Essen.
Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhäuserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Die Harmonie der Zechenherren.

Ihr spreicht von Harmonie — die schwarzen Listen
Sind Ausflug wohl von dieser Harmonie,
Und Flechtung, Hunger und Verzweiflungstaten
Die weit'ren Folgen des harmon'schen Ton's. —
Nein Macht, nur Macht — nicht Harmoniendusel —
Schafft Beß'fung für die Not der Knappenschaft!
Die schwarzen Listen künden zur Genüge
Den schönen Klang der Herren-Harmonie. —
Und darum, Knappen, hört die alte Mahnung
Und — was allein hier nützt — beherzigt sie:
Vereinigt euch und werdet stark durch Einheit,
Damit ihr Macht erlangt zur Gegenwehr. — B. R.

liegt in dem Verhältnis der beiden Richtungen unserer Arbeiterbewegung zueinander.

Sozialdemokratie und Gewerkschaften entstammen einem Mutterlande: dem modernen Kapitalismus. Beide haben in Deutschland eine fast gleichlange Geschichte hinter sich, beide erlitten dieselben Drangsäle und Verfolgungen durch die gleichen Feinde, aber beide Richtungen feierten auch die gleichen Triumphe im Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse und im unermüdlichen Ringen um diese gewannen beide die gewaltige Schar der Anhänger, wie sich in obigen Zahlen ausdrückt.

Wer die Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland schreibt, wird nicht umhin können, beide Richtungen in einem Atem zu nennen. Jahrzehntelang lag der sozialdemokratischen Partei die Verteidigung der gewerkschaftlichen Forderungen in den Parlamenten ob und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dankten der Partei durch treue Mithilfe und gute Kameradschaft. Das setzte Bürgertum und die von ihm abhängigen Parteien kümmerten sich nicht um die Arbeiter. Was sie gaben, mußte ihnen entweder in harten Kämpfen abgerungen werden, oder es geschah aus Angst vor dem Unwillen der Arbeiterklasse. Aber immer nur gab man soviel wie es die Zwangslage bedingte. Es gibt Arbeiter, die über diese erzwungene Nachgiebigkeit der bürgerlichen Parteien sich vor Entzücken auf dem Boden wälzen und dafür zu jedem anderen Dienste zugunsten der Kapitalisten und oft zum Schaden des Arbeiters bereit sind. Wir gehören nicht zu den Leuten, die dem Bürgertum etwas zu danken hätten. Wir wissen, daß die deutsche Arbeiterklasse mit leeren Händen dastände, gäbe es keine Sozialdemokratie und hielten zu Ihnen wieder nicht die Gewerkschaften. Was kommt, wenn die Arbeiterfeinde, die Beträger wie die Betrogenen rufen: „Seht da, die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie sind eins!“

Zavohl Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins und werden es auch weiter sein, so lange es gilt die Arbeiterrechte zu verteidigen, Arbeiterforderungen zu erkämpfen und zu erringen. Das schließt durchaus nicht aus die Unabhängigkeit, in der beide Richtungen ihre Wege wandeln, und daß sie getrennt von einander ihre gesonderten Aufgaben lösen. Wo die Forderungen und Aufgaben aber zusammenfallen, da werden wir vereint marschieren und vereint schlagen.

Es ist müßig, hier auf das Verhältnis der Gewerkschaftsbewegung zur Sozialdemokratie näher einzugehen. Was wir mit dem vorhergehenden sagen wollen ist, daß es aus alle den angegebenen Gründen heraus der Sozialdemokratie nicht gleichgültig sein kann, wie sich die Gewerkschaften in den großen Emanzipationskämpfen der Arbeiterklasse verhalten und wieder, daß die Gewerkschaften ein Interesse daran haben, wie die Beschlüsse und Aktionen der sozialdemokratischen Partei erfolgen. Das umso mehr, als es Fragen gibt, die beide Richtungen der Arbeiterbewegung nicht gleich berühren, die beide Richtungen sogar in einen gewissen Gegenzug zu einander bringen. Es gibt Fragen, wo die Partei und die Gewerkschaften nicht eins sind. Das hat sich schon oft gezeigt und das zeigt sich auch wieder auf dem hinter uns liegenden Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Nürnberg.

Mit den Arbeiten und der parlamentarischen Tätigkeit der Partei im letzten Berichtsjahr können wir uns nur einverstanden erklären; ebenso erklären wir uns für die Richtlinien, die sich die Partei in den jetzt so brennenden Fragen der Reichssfinanzreform und der Sozialpolitik gab. Die Rede Molkenbuhrs über die Sozialpolitik und der neue Kurs war in ihrem Inhalt eine solche, daß sie wert ist, an die Kirchentüren angegeschlagen zu werden. Wir geben die an dieses Referat geknüpfte und angekommene Resolution wieder:

„Die technische Entwicklung der Industrie führt zur beschleunigten Konzentration des Kapitals, die in den Kartellen und Syndikaten ihren bisherigen Höhepunkt erreicht hat. Die Konventionen, Kartelle und Syndikate, die zur Kartellbildung führen, sind notwendige Erscheinungen der kapitalistischen Entwicklung.“

Durch die Kartellbildung und die Gründung von Berufsge nossenschaften sind jene Unternehmensorganisationen gestärkt, die ihre Spitze gegen die Interessen der Angestellten und Arbeiter richten und brekret sind, die Angestellten und Arbeiter völlig zu entrichten, um die Ausbeutung steigern zu können.

Die bürgerlichen Parteien, die in den letzten Jahren eine große Anzahl sozialpolitischer Anträge gestellt haben, deren Inhalt sie aus früher von Sozialdemokraten gestellten Anträgen entnehmen, haben weder die Fähigkeit noch den Willen, die in diesen Anträgen gestellten Forderungen durchzuführen.

Die Regierung hat durch die neuesten Entwürfe zur Gewerbeordnung und dem Arbeitskammergesetz offen befunden, daß sie nicht gewillt ist, eine Sozialpolitik zu treiben, die den Widerspruch des Zentralverbandes deutscher Industrieller hervorruft.

Angesichts aller dieser Erscheinungen wird es notwendiger als je, daß das Proletariat alle seine Kräfte zusammenfaßt, um seine physische und moralische Gesundheit und Kampffähigkeit zu erhalten und zu steigern. Es ist dringend notwendig, daß jeder Arbeiter der Gewerkschaft seines Berufs angehört. Ebenso notwendig aber ist eine energische politische Agitation innerhalb wie außerhalb des Parlaments zur schleunigen Durchführung der im letzten Abschnitt unseres Parteiprogramms sowie der in der Münchener Resolution über die Arbeiterversicherung gestellten Forderungen.

Es ist ferner zu fordern:

1. Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts für alle gegen Lohn und Gehalt beschäftigten Personen.
2. Schutz der staatsbürgerschaftlichen Rechte, Freizügigkeit, Koalitionsrecht usw., gegen Angriffe durch Privatverträge. Verbot der Konkurrenz-Klausel, Personalkonventionen und ähnlichen Abmachungen, die die Angestellten und Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit zu hindern geeignet sind.
3. Sicherung des geistigen Eigentums an Erfindungen und Entdeckungen.
4. Elegible Vorrichtungen für sogenannte Wohlfahrtseinrichtungen, wodurch eine Kontrolle ermöglicht und das Eigentumrecht der Angestellten und Arbeiter an den gezahlten Beiträgen sichergestellt wird.“

Diese Resolution wurde mitsamt folgendem Antrag einstimmig angenommen:

„Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Frankfurt a. M. beantragt, der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, zusammen mit der Generalkommission der Gewerkschaften bereits vor Beginn der Reichstagssitzungen über die sogenannte große Gewerbevolle eine umfassende Partei- und Gewerkschaftsagitation in die Wege zu leiten, welche auf die Erringung des geistlichen Neunstundentages für Männer und Frauen mit Übergangsstufenanträgen zur allmäßlichen Einführung des Achtstundentages durch das neue

Gesetz abzielt und für gesundheitsgefährliche Industrien noch klarere gesetzliche Arbeitsschutze fordert.“

Die Bergarbeiter werden zur Verwirklichung dieser Resolution tüchtig Hand anlegen.

Unsere volle Zustimmung findet die Partei auch, wie sie die Fragen der Jugendorganisation und der Volkslisten behandelt, wie wir uns auch der Resolution gegen die Kriegshölle anschließen.

Weniger erfreulich aber für uns, wie gewiß für viele andere Gewerkschaften mit ist die Erörterung wie die Beschlusfasnung über die Maifeierfrage. Wir dürfen sogar annehmen, daß selbst die meisten Parteitagsdelegierten mit dem Ergebnis des Parteitages in der Maifeierfrage unzufrieden sein werden. Seit mehreren Jahren drängt man nach einer befriedigenden Lösung und wenn sie bis heute nicht gekommen ist, so ist das schlimm genug. Seit mehreren Jahren doktoriert man an der Maifeier herum, daß man sich darüber erbarmen könnte. Keiner wagt den hier so nötigen Kaiserjährlin, weder die Parteitags noch die Gewerkschaftsorgane. Selbst die ehrgeizigsten Maifeierfreunde finden an dem gegenwärtigen Zustand keinen Gefallen mehr, ih Glauben — man denke nur an Zubel — ist verprägt. Wir geben zu, daß die leichtfertigen Streitigkeiten über die Maifeier mit dagu beigetragen haben, aber die gegenwärtige Trostlosigkeit wie die Streitigkeiten haben doch ihre tieferen Ursachen. Wäre die Lösung der Maifeierfrage so leicht, dann hätten wir längst einen annehmbaren und allen befriedigenden Beschluss hinter uns liegen und mit vereinigten Kräften könne an den Ausbau der Maifeier gegangen werden. Was aber der Parteitag in Nürnberg beschloß, ist ein loses weißes Blatt Papier, mit dem erst recht nichts anzuhängen ist. Die Maifeier soll weiter bestehen bleiben, sie soll eingeleitet werden nach einer gegenseitigen Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaften an den einzelnen Orten, sie soll ferner an keinem andern Tage begangen werden als am 1. Mai und schließlich soll an die Maifeiernden auch eine Unterstützung gezahlt werden, aber man ließ in Nürnberg die Delegierten nach Hause gehen, ohne ihnen zu sagen, woher die Unterstützungen gezahlt werden sollen. Bisher hätten wir hier noch wenigstens eine Vereinbarung zwischen Parteivorstand und der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften. Man hatte etwas, an das man sich in der Unterstützungsfrage klammern konnte, jetzt ziehen wir hiermit in das Schattenland in das Ungewisse hinein, hoffend, daß sich die sonnige Sonntagsstimmung der Frau Dr. Rosa Luxemburg auf alle die Millionen Arbeiter übertragen möchte, wo alle Arbeiter den 1. Mai feiern und wo keiner mehr gemahregt wird und unterstützt werden braucht. Diese Hoffnungen werden sich aber in absehbarer Zeit nicht erfüllen. Nur eine beschränkte Zahl der deutschen Arbeiter wird feiern können und diese werden die Opfer bringen und Opfer verlangen. Das hat die Vergangenheit gezeigt und das wird die Zukunft zeigen. Werden die Arbeiter wegen der Maifeier ausgesperrt oder gewahregt, dann werden Unterstützungen gezahlt werden müssen. Von wem, das wird sich finden. Wer die Unterstützungen aber auf die Dauer zu zahlen hat, der wird den Auffang machen, die Maifeier auf einen anderen Boden zu drängen als wo sie jetzt steht. Und das wird nun so schneller vor sich gehen, jemehr die Opfer im umgekehrten Verhältnis zum Wert der vor sich gehenden Maifeier stehen wird. Den, daß eine Demonstration von 3—100 000 Arbeitern in Deutschland auf die Dauer imponierend wirkt, wagt doch wohl keiner zu behaupten, selbst wenn diese Demonstration durch die Arbeiterseite vor sich geht. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß, wenn die Unterstützungsfrage nicht in befriedigender Weise gelöst werden kann, dann nach einem Ablauf gesucht werden muss, wie auch unsere Freunde und Freunde darüber denken mögen. Wir sind durchaus keine Gegner der Maifeier. Im Gegenteil, wenn es an uns läge, wir würden die Maifeier so gestalten, daß sie von einer gewaltig größeren Zahl von Arbeitern als wie jetzt begangen werden könnte und wir würden sie auch in eine solche Zeit verlegen, daß sich die ungeheuren Opfer, die einzelne Gewerkschaften schon für die Maifeier bringen müssten, in Zukunft überflüssig machen. Wir würden ferner alles tun, um neue Arbeiterschaften mit den Idealen, die mit der Maifeier vertröpft und vorausgesetzt sind, vertraut zu machen. Und wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir auch die Arbeitsruhe als die würdigste Demonstration am 1. Mai betrachten und dafür auch eintreten werden, sobald wir die Kraft in uns spüren, die Arbeitsruhe zu erzwingen. Dann soll es uns auch der Opfer nicht gereuen. Aber auch die Frage der Arbeitsruhe hängt wie vieles andere von der Frage der bzw. dem Stand und der Stärke der Organisationen ab. Die Riesenarmee der Berg- und Hüttendarbeiter bedarf erst der genügend starken Organisation, ehe sie sich recken kann. Wer das nicht ein sieht, dem ist nicht zu helfen. Nun, warten wir ab. Solange keine Kündigung in der Frage der Maifeier getroffen wird, werden wir die Beschlüsse des Parteitages zu prüfen haben, inwieweit wir ihnen Folge leisten können und wollen. Für den Bergarbeiterverband ist ja die entscheidende Instanz schließlich die Generalversammlung. Ihre Beschlüsse geben uns die Richtschnur für unser Handeln.

Ebenso gern hätten wir gesehen, daß in der weiteren strittigen Frage, in der Budgetfrage, auf dem Parteitag ein Beschluß verhängt wird, der alle befriedigte. Die sozialdemokratische Partei hat von der Zeit an mit der Budgetfrage zu tun bekommen, als sie anfing, das Parlament zu benutzen, um durch die Gesetzgebung praktische Gegenwartsarbeit zu leisten. Die praktischen Erfolge aber, die mit dieser Gegenwartsarbeit zusammenhängen, hängen aber auch zusammen mit dem Budget eines Landes. Man kann nicht nehmen, ohne nicht unter Umständen auch geben zu müssen. Selbstverständlich halten auch wir mit der Meinung, daß mit der Billigung eines Budgets nicht leicht verfahren werden darf. Ein Budget sollte nur dann auf Annahme rechnen können, wenn die Arbeiter genügend auf ihre Rechnung gekommen sind.

Daß der Kläffkampf — wie verschleiert angesehen wird — durch die Budgetbilligung verwässert wird, können wir nicht recht einsehen. Wir haben, solange es eine Arbeiterbewegung gibt, schon viel mehr erlebt. Die sozialdemokratische Partei sowie die Gewerkschaften haben in ihrer Tätigkeit für die Arbeiter sehr oft eine Tätigkeit entfaltet, die sich sicherlich nicht mit der starken Kläffkampftheorie vereinbarte. Wenn der Zweck erreicht werden sollte, hat man Kompromisse abgeschlossen, hat Anträge ausgearbeitet und mit den bürgerlichen Parteien darum monatelang gefeilscht und

Nürnberg.

Die Sozialdemokratie errang bei den letzten Reichstagswahlen rund 3½ Millionen Stimmen. Die freien Gewerkschaften zählen heute annähernd 2 Millionen Mitglieder, von der der übergroße Teil politisch sich zur Sozialdemokratie befeindet. Doch es ist, liegt in der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung und es

gehoben. In den Kommunen bewilligte man meistens die Budgets und musste sie oft bewilligen, weil man sonst die eigenen Arbeiten und Erfolge preisgab; in der Gewerkschaftsbewegung hat man in der gleichen Weise gearbeitet. Stilic um Stilic hat man erobert und manches auch durch die gegenseitigen Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern. Ja selbst die Regierungen und die bürgerlichen Parteien haben sich bequemen müssen, den Arbeitern Gesetze zu schaffen, wie es die Sozialgesetze sind. Und bei allem und trotz allem ist von einer Befreiung des Klassenkampfes keine Rede. Wenn wir nach allem greifen, was der Arbeiterklasse milgen kann, brauchen wir sicherlich nicht um die sozialen Endziele der klassenbewussten Arbeiterschaft zu bangen. Im Gegenteil, lassen wir möglichst viel praktische Arbeit, dann kommt die Angst über unsere Gegner. Mit Recht weiß eine Zentrumspartie in einer Besprechung des Parteitages darauf hin, daß „je mehr die rote Partei ihre Taktik den jeweiligen Verhältnissen in den einzelnen Landtagen und Bundesstaaten anpaßt, desto größer droht ihr Einfluß und ihre Werbekraft zu werden.“

Wir haben also alle Ursache, überall unsere Werbekraft zu stärken durch praktische Arbeit, da noch Millionen von Menschen der Arbeiterbewegung fernstehen, die noch zu gewinnen sind und gewonnen werden müssen. Und auch die rote Partei hat dieselben Aufgaben. Mit der Phrase holt man diese Millionen Fernstehenden nicht herbei. Gut und radikal arbeitet, wer praktisch arbeitet. Und an Arbeit mangelt es gewiß nicht. Unsere Freunde wachen! Wer die Scharfmacherpresse liest, der weiß, mit welchen Vorwürfen aufgeworfen wird, um die Verdächtigung der Arbeiterklasse noch zu stärken. Und darum wäre es uns lieber gewesen, der Parteitag hätte die Zeit, die er an sich gar nicht einmal weltbevölkerten Frage der Budgetbewilligung widmete, dazu verwenden können — vielleicht im Anschluß an die Referate Wollenbuhrs und Gehers (Finanzreform) — um noch mehr als geplant, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um den auf die deutsche Arbeiterklasse hereinstürzenden Gefahren gründlichst zu begegnen. Wie imponierte den Arbeitern wie Gegnern doch der Gewerkschaftskongress in Hamburg! Keine der Parteitage nicht denselben Eindruck hinterlassen?

Zürich und kein Ende.

In Nr. 19 vom 21. September des „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ nimmt Stegerwald das Wort, um die Haltung der christlichen Gewerkschaftsführer in Zürich nochmals zu verteidigen. Man muß sagen, daß diese Verteidigung zum Teile in so geschickter Form vor sich geht, daß die Verteidiger der christlichen Gewerkschaften im katholischen Lager zu tun haben werden, wenn sie ihr bisher gewonnenes Feld in dem brüderlichen Streit behaupten wollen. Dass die christlichen Gewerkschaftsführer sich in Zürich zu Dummheiten gegen die bishöfliche Autorität haben hinreissen lassen, ist von ihnen selbst genug bestätigt worden. Über die sogenannten Kapitolswächter im katholischen Lager, so meint Stegerwald, die sich um den „Sitz Berlin“ scharen, haben kein Recht, mit aus allen Winkeln zusammengeführtem und tendenziös frisiertem Material an die kirchlich einflussreichen Stellen gegen die christlichen Gewerkschaften häustern und heben zu gehen. Die „Berliner“ hätten das Protokoll der Zürcher Konferenz abwarten sollen und ein großer Teil ihrer zu agitatorischen Zwecken gehuchelten Entrüstung wäre ihnen erspart geblieben? Die Zürcher Konferenz war nicht als ein Kongress gedacht zu dem Zweck einer Einwirkung auf die Öffentlichkeit in diesen oder jenen Fragen! Man habe zuerst die Berichterstattung einschärfen wollen, was aber durchbrochen wurde, nachdem man einen Vertreter eines Berliner Korrespondenzbüros zugelassen habe mit der Maßgabe, nicht zu breit zu berichten. Diese hierdurch eingeschränkte Berichterstattung habe sich dann zu einem Nachteil ausgewachsen.

Mit diesen Argumenten dürfte Stegerwald wenig Erfolg haben. Der Aufruf, den die christlichen Gewerkschaftsführer der verschiedensten Länder von Zürich aus an die christlichen Arbeiter aller Länder richten, beweist die beabsichtigte volle Einwirkung auf die Öffentlichkeit. Durch den Aufruf wie durch die Einberufung der internationalen Konferenz selbst gaben die Einberüter vor vornherein die „interne Natur“ der Konferenz preis. Wenn St. das nicht zugeben will, dann würde er die Bedeutung der Konferenz herabsetzen, was sicherlich nicht im Interesse der christlichen Gewerkschaften liegen kann. Und das schließlich auch das herausgegebene Protokoll über die Verhandlungen der Zürcher Konferenz nicht dazu angetan ist, die Haltung christlicher Gewerkschaftsführer in Zürich den Bischoßen gegenüber zu mildern, das beweist die noch immer vorhandene Missstimmung katholischer Kreise gegen die gehaltenen Reden. Ruhiger ist es kaum geworden. Der Kampf der beiden Richtungen geht weiter, trotz des Katholikentages in Düsseldorf und trotz des Hinweises auf das Protokoll der Zürcher Tagung.

Glücklicher in seiner Abwehr gegen die „Berliner“ ist Stegerwald, wo er ihnen ihre gehuchelte Entrüstung gegenüber den christlichen Gewerkschaftlern vorhält. Er erinnert die Fachabteiler an die Stichwahrsprache der Zentrumspartei auf läßlich der letzten Reichstagswahl in Bayern gegen die liberale Partei. Die Erzbischöfe von München-Freising und Bamberg hätten wegen dieser Sprache der Zentrumspartei öffentlich ihre Missbilligung ausgesprochen. Die Folge war Verirrung der Wähler. In einer Versammlung der Münchener Zentrumspartei, die das Stichwahlergebnis besprach, wurden dann folgende Ausführungen gemacht:

Dr. Kochbrunner, Ortsvorsitzender der Zentrumspartei in München:

Diese Wahl ist uns ein außerordentlich lehrreiches Beispiel, sie zeigt uns, wie ein liberaler Wahlzug mit Hilfe von nationalen Katholiken, dem katholischen Adel und mit Unterstützung der höheren geistlichen katholischen, kirchlichen Bevölkerung (Zürcher Pfarrer) erfochten werden kann. Es würde kaum ein Wahlkampf stattgefunden haben jemals, in welchem einer Partei von den Feinden häufig befürwortet wurde, aber auch von den eigenen Freunden, für welche die Arbeit eigentlich keinesfalls angezeigt wurde (Lebhafte Beifall), im gegebenen Falle noch darüber angezeigt wurde. (Andererseits Pfarrer). Veruhigen Sie St. Es kann und wird sicher die Zeit kommen, wo die Herren, man sei es für unterstüzen. (Lebhafte Zustimmung). . . Ich bitte Sie nur, daß wir den Wert nicht sinken zu lassen (Ausdruck: Deutlicher Beifall), wir werden uns aber dann nicht mehr verlassen auf den katholischen Adel, daß wir werden uns auch nicht mehr verlassen auf die katholischen geistlichen Bevölkerungen (Stimme, die anfangs lautlos war, jetzt lauter wurde). Ich sage aber nur in politischer Beziehung, denn in kirchlicher Beziehung werden uns auch Dorotoren, die uns von jener Seite angeworben werden, nicht verlassen, stets und immer korrekt zu sein. (Lärmende Zustimmung). Wenn wir mit diesem Gedanken von jetzt wegsehen, dann hat auch der Vertrag, welcher an uns gelegt wurde, kein Interesse.

Siebziger, Chefredakteur des „Bayerischen Kurier“:

Im vorigen Jahre hat ein Wiener deutsch-nationales Blatt Befürwortungen über das altertümliche Altarsakrament veröffentlicht, und am zweiten Tage darauf hat der Fürst-Erzbischof von Wien mit zu Hause gekommen. Die Befürwortungen dieses Sakraments gefiel ihm, die zweite Wiener Blatt; wir haben auf diese Ungeheuerlichkeit reagiert und gesagt, es muß dem katholischen Geist widerstehen. Seinen Namen zu nennen — und der Herr Erzbischof von Wien hat, wie in den liberalen Zeitungen gestanden ist, erklärt, daß er auf die Befürwortung des Zentrums (Lebhafte Zustimmung). Dann nun leichtaus Jahrein vorne im Komitee steht, und mit Rot und Schmuck bewerben lassen muß von den Gegnern,

dann zwei Tage vor der Wahl solche Worte von einem Erzbischof hören muß (Erneute Pfarrer), dann fragt man sich unwillkürlich: Woher arbeiten wir denn eigentlich? (Sehr richtig!) Und aus dieser Frage wächst die Entrüstung. Die Entrüstung aber über den Vertrag unserer Partei. Das ist eine allgemeine (Vollst und Zustimmung).

Um kirchlichen Fragen ist jeder Katholik jedes Mitglied der Zentrumspartei ehrfürchtig voll unterworfen der kirchlichen Autorität.

Über wie 1887 Windhorst gegen die Parole des Papstes sich entschieden ausgesprochen, ebenso entschieden

durften wie sicherlich nicht um die sozialen Endziele

milgen kann, brauchen wir sicherlich nicht um die sozialen Endziele

der klassenbewussten Arbeiterschaft zu bangen. Im Gegenteil, lassen wir möglichst viel praktische Arbeit, dann kommt die Angst über unsere Gegner. Mit Recht weiß eine Zentrumspartie in einer Besprechung des Parteitages darauf hin, daß „je mehr die rote Partei ihre Taktik den jeweiligen Verhältnissen in den einzelnen Landtagen und Bundesstaaten anpaßt, desto größer droht ihr Einfluß und ihre Werbekraft zu werden.“

Gegen diese Reden, so meint Stegerwald, hätte die Berlin-Trierer Preskompanie nichts einzubringen gehabt. Dem Savigny, wie den Herren Dr. Fleischer, Kaplan Windolf, Pfarrer Treib, Dechant Hansen, stieg keine „Schaurede“ ins Gesicht, diese Herren ließen nichts von „Besitzierung und Entrüstung an sich merken, das „katholische Autoritätsgefühl“ wurde nicht „plärrisch“ untergraben. Nur den christlichen Gewerkschaftsführern, die den Arbeiterlebenskensch mit all seinen Witternissen selbst durchkostet haben, die vom sozialdemokratischen Pöbel überfallen und blutig geschlagen werden (!!), wenn sie ihrer Überzeugung Ausdruck geben und gelegentlich ein scharfes Wort sprechen, dann, aber auch nur dann, wird daraus eine Staatsaktion gemacht, werden ihnen die oben unter Gänselfischen gebrachten Vorhaltungen gemacht. Wir schenken den „blutig geschlagenen Arbeitersekretären“, wozu sich ja auch Stegerwald rechnet, unser Mitleid, müssen uns aber doch über die Naivität wundern, mit der Stegerwald gerade diese zweideutige Haltung eines Teils des Clerus kritisiert. Art läßt nicht von Art. Das Autoritätsprinzip wird nicht gegen Leute, die man neben sich und über sich stehen hat, angewendet, sondern es findet seine Anwendung nur nach unten hin. Dem Bruder Arbeiter ist noch immer eine andere Behandlung zuteil geworden als den Angehörigen anderer Gesellschaftsschichten; das trifft nicht nur in weltlichen Fragen zu. Unmerklich drückte es den „Berliner“ und auch Leuten höheren Schaltes im Clerus recht schwer fallen, auf die Hinweise Stegerwalds die rechte Antwort zu finden.

Worum dreht sich der gewerkschaftliche Streit? Stegerwald meint, daß er entbraucht ist, um den christlichen Arbeitern bei Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen das Streitrecht und die Selbständigkeit zu nehmen. Die christlichen Gewerkschaften, so meint St. weiter, vertreten den Standpunkt, daß die Gewerkschaft ein notwendiges Organ der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und eine unvermeidliche Folge der heutigen Rechtsordnung ist. Sie ergibt sich mit Notwendigkeit einmal aus der Trennung, welche im Produktionsprozeß zwischen den Besitzern der Produktionsmittel (den Kapitalisten) und denjenigen, welche ihrer Hände Arbeitsleistung der Produktion widmen (den Arbeitern), eingetreten ist. Unter Beobachtung des christlichen Sittengesetzes und der gesetzlichen Pflichten darf man schließlich die christlichen Gewerkschaften nicht des Streiks als Kampf- und Schreckmittel berauben wollen.

Dann verlangen die christlichen Gewerkschaften die gleiche Selbständigkeit, die man den Handwerkern, Kaufleuten, Bauern, Arzten, Syndikaten, Kartellen noch von keiner kirchlichen Seite streitig gemacht hat. Herr Stegerwald wird recht lange warten müssen, bis den Arbeitern innerhalb der katholischen Volksgemeinschaft die gleiche Selbständigkeit gegeben werden darf, wie den übrigen katholischen Bevölkerungsgruppen. Eben das verhindert das Autoritätsprinzip, das das Welen des katholischen Clerus erst ausmacht. Der Clerus und die von ihm unterstützten Misschamungen basieren auf dem Autoritätsprinzip. Herr Stegerwald sollte hier den Kampf ruhig aufnehmen, da er und seine Freunde dieses Autoritätsprinzip niemals brechen werden, wenigstens nicht auf dem von ihm und seinen Freunden bisher betreuten Wege. Giesberts wandte sich gleichfalls kritisch gegen das Autoritätsprinzip. Es mußte aber gegenüber der Neuerung des Autoritätsprinzips seitens der Gegner (die Fachabteiler) einmal ein ernstes Wort gesprochen werden.“ So sagte Giesberts.

Hierauf antwortete die „Neunkirchener Zeitung“ vom 19. September wie folgt:

„Neuerung des Autoritätsprinzips“, was soll das heißen? Warum denn nicht klar sprechen? Warum denn nicht ehrlich eingestehen, daß man im Wirtschaftlichen, Gewerkschaftlichen überhaupt keine Autorität anerkenne, wie es Bezirksteiler Küstel in Sulzbach getan: „In wirtschaftlichen Fragen sind die beiden Genannten (Papst und Bischof) uns keine Autorität, da sind wir uns selbst Autorität.“

Das ist der springende Punkt: „Ist das Wirtschaftliche“ wie Dechant Hansen in seiner Erklärung „Neunkirchener Zeitung“ Nr. 18 vom 8. August 1908 folgerichtig dargelegt, vom göttlichen Sittengesetz erneut, unabhängig oder nicht? Wenn „ja“, dann ist das Wort „christlich“ der Gewerkschaften Hamburg, wenn „nein“, dann gebührt der Kirche, dem Papst und den Bischoßen zunächst das Wort, wie Leo XIII. in Rerum Novarum sagt. Also, das ist der springende Punkt. Ist das Wirtschaftliche vom göttlichen Sittengesetz erneut oder nicht? Um diesen Punkt gehen die christlichen Redner zur Verteidigung Zürichs in langen Reden herum, wie die Kräfte um den heiligen Kreis. Doch nur noch eine Zeit lang. Alles drängt zur Klärung, zur Entscheidung, es kommt in der öffentlichen Meinung und im christlichen Lager selbst die Scheidung der Geister, die Prinzipienlosigkeit wird in sich selbst versetzen, Prinzipientreue, logische Konsequenz wird auf die Dauer den Sieg davontragen.“

Was in der „Neunkirchener Zeitung“ steht und was Stegerwald im „Zentralblatt“ ausführt, das sind prinzipielle Gegensätze, die sich nur dann befreiten lassen, wenn die christlichen Gewerkschaften auf Selbständigkeit und Streitrecht verzicht leisten. Das will Stegerwald nicht. Gehen die christlichen Gewerkschaften beides auf, geben sie sich selbst auf. Darüber sind sich die christlichen Gewerkschaftsführer vollständig im klaren. Die Herren sollten dann aber auch die Konsequenzen ziehen und sich sagen, daß die „Neunkirchener Zeitung“ nicht ganz Unrecht hat, wenn sie das Wort „christlich“ für Hamburg erklärt, wenn man der Kirche, dem Papst und den Bischoßen nicht das Wort lassen will. In der Tat, hier ist der springende Punkt. Die Pflege der „heiligen Güter“, d. h. der katholischen Anschaulungen hat, sobald man sich als katholischer Christ geriert, auch innerhalb der christlichen Gewerkschaften zu erfolgen. Wie weit man damit kommen würde, braucht nicht erst noch lange gezeigt werden. Zunächst sind die Gegensätze zwischen den „Berlinern“ und den christlichen Gewerkschaftsführern noch so, daß sie nur eines zur Folge haben können und das ist die Aufgebung des Autoritätsprinzips der kirchlichen Ordnung durch die Fachabteiler oder das Aufgeben der Selbständigkeit, vielleicht auch des Streitrechts durch die christlichen Gewerkschaften. Wie sich die „Berliner“ die Zukunft in dem Widerstreit vorstellen, das hat mit aller Deutlichkeit der Dechant Hansen am 20. September 1908 in Mainz ausgeführt. Nachdem er den Gedankengang, wie er oben aus der „Neunkirchener Zeitung“ wiedergegeben wurde, gleichfalls zum Ausdruck gebracht hatte, führte er aus:

„In Zürich haben die Herren so gut und deutlich gesprochen, daß ein Kommentar überflüssig ist. Jetzt wollen diese Herren sich rechtfertigen, aber sie rennen sich immer mehr hinein. Was sie in Zürich gesagt haben, daß ist immer ihre Meinung gewesen, es ist ihnen das bitterste Ernst. Es tut ihnen nur leid, daß sie jetzt bei vielen hohen Gönnern Anstoß erregt haben. Diese glaubten noch immer, daß die christlichen Gewerkschaftsführer so harmlos wären. Jetzt sind sie gerade entsezt über die rohe Sprache in Zürich. Deshalb haben die Zürcher Redner die großen Versammlungen in Kölle, München und Berlin gehalten. Aber umsonst, in Zürich haben sie ihr Grab gegraben. Es muß eine Scheidung der Geister kommen, alles sieht ein, daß es so nicht weitergehen kann. Es wird nach rechts und nach links gehen. Ein Teil geht zu den Sozialdemokraten und der andere wird sich einstreuen zurückziehen und dann später zu uns kommen. Wir arbeiten im Geiste der Kirche weiter, und dafür muß uns der Sieg werden.“

Wird Hansen recht behalten?

Die Ursachen des Schlepperstreiks auf Seele Bismarck.

Zu diesem Thème wird uns von einem tüchtigen Steiger geschrieben: Als tüchtig die Schlepper und Pferdejungen auf Bismarck angeständig waren, hielt es allgemein in der Tagespresse, den Leuten sei eine Erhöhung des Schichtlohnos verprochen worden, was aber hinterher nicht gehalten worden sei. Merkwürdigweise war sogar die „Katholisch-Westfälische Zeitung“, das Sprachrohr der Kohleministerien, auf diesen Ton gestimmt. Wie verhält es sich mit der Angelegenheit nun in Wirklichkeit?

Von der Bechtemverwaltung selbst sind keinerlei Versprechungen gemacht worden, wenigstens nicht direkt und nicht offiziell, wohl aber von einzelnen Steigern, die dadurch verunsichert waren, daß die Schlepper kündigten und anderweitig Beschäftigung annehmen. Den Steigern kann aber deswegen kein Vorwurf gemacht werden, denn sie sind ja nur Vollstrecker des Willens der höheren Beamten. Sie sind größtenteils Gläubiger einer Einrichtung, die unser ganzen Bergbau ihren Stempel aufdrückt, des „Soll- und Braimentiessens“. Die Steiger haben zwar versprochen, die Schulden, daß sie ihr Versprechen nicht halten könnten, trägt aber die Verwaltung, die, sobald von einer angeblichen Reise gerechnet wird, nicht nur die Gedinge, sondern auch die Schichtlöne herunterzudrücken bestrebt ist. Dieser Herunterdrücken geschleift freilich nicht so plötzlich. Es wird den Steigern vielmehr bedeutet, mehr als so und so viel dürfen nicht mehr verdient werden. Bei den Häuern macht sich das nicht sofort bemerkbar, wohl aber bei den Schleppern. Am nächsten 15. stehen bestimmt einige da und fragen wie immer den Steiger, ob sie nun endlich was zugesetzt bekommen. Dieser hat sie vielleicht von einem auf den andern Monat versetzt, und um sie zu halten, versetzt er sie auch jetzt nochmals wieder auf einen späteren Termin. Bei der nächsten Lohnzahlung wird er von anderen angerempelt, warum sie noch nicht die bereits fest versprochene Entlohnung ausbezahlt erhalten hätten. Auch diese werden wieder auf einen anderen Termin versetzt, damit sie ja nicht ablehnen; denn wenn der Steiger nicht genügend Schlepper im Dienst hat, dann muß er Leiharbeiter als solche verwenden, und das gestaltet ihm sein „Soll“ nicht. Wollte er eine eventuelle Minusförderung mit Wangel an Schleppern entschuldigen, dann würde er schön anlaufen. Er hilft sich daher so gut und so lange durch, wie es eben geht, ohne seine eigene Haut dabei zu Marte zu tragen. Die Leidtragenden sind die Schlepper, die von einem Monat zum andern vergeblich auf die Erhöhung ihres Schichtlohns warten müssen. Unterdehn werden sie immer älter, wie sie überhaupt auch das Wunsch, ihren Schichtlohn erhöht zu bekommen, stets damit motivieren, sie wären schon so und so lange auf der Seele und schon so und so alt. Und hier liegen, soweit ich unterschreibe bin, die wahren Ursachen für die Bewegung unter den Schleppern, die nicht nur auf Bismarck — obwohl sie da spontan zum Ausbruch gekommen ist — sondern auf den meistesten Reden in mehr oder weniger starken Maße vorhanden ist.

Jeder ältere Bergmann weiß sich sicher noch zu erinnern, daß er als junger Schlepper von einem starken Orange befehlt war, möglichst schnell vor die Kohle zu kommen. Die Löhne der Häuer und Lehrhäuer waren zu verloren, als daß man diesem Orange hätte widerstehen können. Wenn nun auch die Schichtlöne der Schlepper heutigen Tages so hoch und steilweise sogar noch höher stehen, als damals die Häuerlöne, so ist das Streben der jungen Leute, vor die Kohle zu kommen, heute nicht weniger groß, wie früher. Ist doch auch der Unterschied zwischen den Löhnen (Minimallohn) der Häuer und denen der Schlepper heute nicht weniger groß. Erfahrungsgemäß ist aber bei uns gerade der Mangel an Schleppern ein großer. Das hat sich ganz besonders während der letzten Hochkonjunktur gezeigt. Da ist es vorgekommen, daß sich Betriebsführer gegenwärtig die Schlepper abgelöst haben durch alle möglichen Versprechungen. Als bevorstehende Lockwaffe wurde den Leuten die Aussicht auf ein schnelles vor die Kohle kommen vorgezeigt. Der Termin, wann dies geschehen sollte, wurde ihnen sogar angegeben. Das hat sich nicht eingeholt, als das Schlepper nicht eingelöst werden konnte, ist selbstverständlich. Der Nachschub von Schleppern ist eben in Verhältnis zur Zunahme der Besantibeförderung zu gering. Insolgedessen muß das Orts der Schlepper gegenwärtig bedeutend länger schleppen als früher. Während sie früher durchschnittlich mit 18 Jahren vor die Kohle kamen, geschieht dies heute höchstens mit 20 Jahren. Ja, ein großer Teil erreicht sogar das militärische Alter und darüber, muss also, vom Militär zurückgekehrt, wieder als Schlepper anfangen. Um meisten hierzu betroffen werden leider die jungen Leute deutscher Zunge, und davon wiederum diejenigen am ehesten, die vom 14. Lebensjahr an dem Bergbau ihre Kraft geopfert haben. Gemeint sind die Angehörigen der im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier seßhaften Bevölkerung. Vielfach infolge mangelhafter Ernährung und weil sie von der fröhlichen Jugend (14 Jahren) an die „Freuden“ des Bergmannsberufes gekostet haben, sind sie fast durchweg von schwächerer körperlicher Konstitution als ihre politisch stämmigeren Kameraden aus Polen zurückgestellt. Hierdurch entsteht schon eine gewisse Erbitterung bei den jungen Leuten, die sich natürlich einbilden, es gebe ihnen Unrecht. Dass dieses verminderliche Unrecht in ihrer schwächeren körperlichen Konstitution begründet liegt, bedenkt jü nicht. Verminderte Beamtin erhöhen ihnen dann aber den Schichtlohn entsprechend, sodass der durch die Zurückführung hervorgerufenen Schaden nicht allzu groß wird. Geschäfe dies überall, dann wäre schon ein Stein des Anstoßes aus dem Wege geräumt.

Aber noch ein zweiter, nicht minder wichtiger Umstand kommt hier in Frage, der ebenfalls seine Ursache in den fremdsprachigen Elementen hat, mit denen unsere Bergarbeiterchaft mehr als genug durchsetzt ist. Unter den zuziehenden, besonders polnischen Arbeitern befinden sich viele, welche bereits verheiratet und sogar Familienväter sind. Diese Leute werden auf manchen Zeichnungen schon einen höheren Schichtlohn geben zu können. Dies wird selbstverständlich von den jüngsten jungen Arbeitern, und zwar nicht mit Unrecht, mit niedrigen Löhnen betrachtet. Wo das aber nicht möglich ist, und wo man es überhaupt nicht macht, müssen auch diese Leute für einen niedrigen Schichtlohn schleppen. Natürlich können sie sich selbst und ihre Familie davon nicht ernähren, wie sich das wohl gehört. Nach einigen Monaten schon quälen sie dann den Steiger, sie doch vor die Kohle zu legen, indem sie diesen ihre häusliche Not klagen. Ist der Steiger ein fühlender Mensch und macht die Beauftragung keine Schwierigkeiten, so geschleift das zunächst auch. Die Unzufriedenheit unter den übrigen Schleppern wird dadurch aber immer größer, was aber besonders bei den jüngsten jungen Leuten wohl zu entschuldigen ist. Denn selbst jahrelang schleppen und dabei mit zu schaffen, wie andere nach kurzer Zeit schon vor die Kohle kommen und viel mehr Geld verdienen als sie, obwohl dieselben viel weniger vom Kohlberg verstehen, muß notwendig Erbitterung hervorrufen.

Diese unangenehmen Begleiterscheinungen der internationalen Zusammenarbeit unserer Bergarbeiterchaft werden auch wohl bei dem Schlepperstreik auf Seele Bismarck eine Rolle gespielt haben. Dieselben zur Zufriedenheit aller zu besiegen, ist nicht so einfach. Kein sozialdenkender und fühlender Mensch wird den Leuten einen Vorwurf daraus machen, daß sie den verheirateten Polen in der oben geschilderten Weise entgegenkommen. Sind doch sogar einige Stadtwerke (beispielsweise die Stadt Straßburg) dazu übergegangen, die familiären w

Um den älteren Schleppern entgegenzukommen, ist man auf einzelnen gehe zu den sozialen Leistungen, die als Leihhauer einzutragen, damit sie, wenn sie endlich vor die Stühle kommen, nicht mehr so lange die 10 und 20 Prozent eingehalten bekommen. Doch auf die Dauer ist auch das kein Heilmittel. Richtiger wäre schon, den Verhältnisnachweis im Grubenbetrieb einzuführen und zudem einen Vohntarif wenigstens schon mal für die Schichtshöher festzulegen. Man wird hier jedenfalls nicht den Einwand machen können, daß das technisch nicht durchführbar sei. Jeder, der in die Grube fährt, soll ziemlich alle darin vorkommenden Arbeiten durchmachen. Er soll zunächst schleppen, am Brenzberg, Aufbruchshalt oder auch Förderungsaufschluss, dann auf einem Luft- oder elektrischen Haspel brennen. Für jede einzelne Arbeit muß zunächst eine bestimmte Zeit festgesetzt sein, die hier nicht so ohne weiteres angegeben werden kann. Da alle die Arbeiten einer ziemlich gleiche Anstrengung erfordern und sie ja auch jeder durchmachen muss, dürfte der Lohn nicht nach der jeweiligen Arbeitsart, wie das heute meist geschieht, festgesetzt werden, sondern nach dem Dienstalter. In möglichst kurzen Zeitschäften — sagen wir einmal alle drei Monate — muß der Lohn, dessen Grundhöhe sich ja nach der Konjunktur richten, um ein bestimmtes erhöht werden. Ist die Zeit, die für obige Arbeitsarten angelegt ist, durchgebracht, dann darf der Lohn nur noch um ein geringes von dem der Steinkohlenhauer abweichen, denn das soll der junge Arbeiter jetzt werden. Die Vohntarifierung regelt sich bei dieser Arbeit genau so wie früher, dieselben Zeitschäften und dieselben Steigerungsätze. Gegen Schluss der Reparaturshauerätigkeit muß der Lohn nahe an den der Kohlenlehrhauer herangekommen sein, damit deren Beschäftigung nicht mehr so sehr begehrswert erscheint. Um Lehrhauer zu werden, muß dann der Verhältnisnachweis erbracht werden, indem man den zu Befürdernden zunächst examiniert über die zu beobachtenden Vorschriften beim Schleppen in engen und niedrigen Strecken, sowie beim Ausschieben der Wagen auf das Fördergestell der Brenzberge und Schächte. Ferner muß er über die Verhaltungsmaßregeln beim Schleppen und beim Vorkommen von Schlagwettern unterrichtet sein. Wie bei den früheren Beschäftigungsarten, so muß auch für die Lehrhauerätigkeit eine bestimmte Zeit und Lohnsteigerung festgesetzt werden.

Ist die angegebene Zeit abgelaufen, dann muß die Lohnhöhe der Hauer erreicht sein; dann muß aber auch die Beförderung zum Hauer eintreten. Dazu müßte dann selbstverständlich wieder der Verhältnisnachweis erbracht werden. Dieser müßte sich auf das nötige von der Wetterführung, Vorkommen von und Verhaltungsmaßregeln beim Vorkommen von Schlagwettern und anderen giftigen Gasen, Schieferkeit, Sehen von schweren Zimmen vor Ort und im Abbau erstrecken. Wird dieser Verhältnisnachweis erbracht, dann muß der Hauergrad vorliegen werden, wenn auch kein Balanz an Hauern vorhanden ist und die Lehrhauerätigkeit vollauf noch weiter vorgerückt werden muss.

Jetzt weiß wohl, daß diese Reformvorschläge bei den Grubenbesitzern auf harschen Widerstand stoßen werden, denn der Import von fremdsprachigen Arbeitern wäre dann nicht mehr so leicht. Man könnte diesen dann nicht mehr durch die Agenten sagen lassen, in Westfalen verdienten sie sofort 8 Mark oder noch mehr. Auch bei manchen Arbeitern werde ich Widerspruch begegnen. Sollen sich aber solche verpfuschte Streiks wie auf Wismut, von denen doch kein Arbeiter Vorteil hat, nicht wiederholen, soll die Betriebsicherheit und, was das richtige ist, die Sicherheit für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter erhöht werden, dann ist es notwendig, daß bald in dieser Richtung etwas geschieht. Die Massengräber der letzten Jahre erheben das gelehrte und auch die hohen Kranken- und Unfallziffern beweisen, daß es höchste Zeit geworden ist.

N. d. R. Wenn der Artikel auch nicht alles das ausspricht, was ausgesprochen werden möchte, so glaubten wir doch, ihn ohne jedwede Änderung bringen zu müssen. D. R.

Bolzwirtschaftliche Rundschau.

Die Zollbelastung des deutschen Volkes.

Die „Hilfe“ bringt eine Zusammenstellung über die Verteilung der Zölle auf den Kopf der Bevölkerung und kommt zu folgendem Bilde: Es wurden im Jahre 1907 pro Kopf an Zoll gezahlt für

Getreide und Hülsenfrüchte	4,27 M.
Brauseum	1,28 "
Kaffee	1,21 "
Wein	-,87 "
Holz	-,88 "
Schmals	-,22 "
Eiselschäfte	-,18 "
Eisenwaren	-,14 "
Witter und Margarine	-,18 "
Baumwollegarn	-,12 "
Werde	-,12 "
Minder und Schafe	-,12 "

In diesen Beträgen ist aber die Belastung noch nicht enthalten, die dadurch entsteht, daß durch die Zölle auch die Preise der inländischen Erzeugnisse ganz wesentlich in die Höhe getrieben und von den Massen bezahlt werden müssen.

Katholische Arbeiter gegen den Zollwucher.

In München in Bayern hielt im August d. J. die süddeutschen katholischen Arbeitervereine ihren Delegiertentag ab. Dabei wurde auch eine Entschließung folgenden Inhalts angenommen:

„Der 18. Delegiertentag ist überzeugt, daß das Deutsche Reich zur Erfüllung seiner Aufgaben auf größere Einschüsse auf dem Wege der Steuererhebung angewiesen ist. Die in dem Verbande zusammengeschlossenen katholischen Arbeitervereine sind ebenso von der Notwendigkeit überzeugt, daß alle Volksschäften, also auch der Arbeiterstand, zu den Einnahmen des Reiches entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beitragen müssen. Da infolge der Zoll- und der indirekten Steuergesetzgebung die Arbeiterklasse wie die anderen unteren Volkschichten schon genügend belastet sind, spricht sich der 18. Delegiertentag gegen jede weitere indirekte Besteuerung der Konsumarbeiter der unteren Volkschichten aus. Ebenso vertritt er die kläne, welche auf die Belastung gewisser Industrien abzielen und damit die wirtschaftliche Lage des Arbeiters standes gefährden.“

Erst lassen sich die Zentrumskräfte vor den Zollkarren spannen, dann brechen sie über das hereingebrochene Unheil in Klagen aus. Wenn das Zentrum aber beim nächsten Mal für ihre Zollwucherischen Pläne der katholischen Arbeiterschaft bedarf, dann wird diese von neuem wieder mitspielen. So war es ja immer.

Vergleichgebung und -Verwaltung.

Neugestaltung des Berggesetzes.

Wie die „Börsische Zeitung“ erfahren haben will, wird gegenwärtig bei der Vergleichgebung des preußischen Handelsministeriums mit den Vorarbeiten zu einer Neugestaltung des Berggesetzes begonnen. Die Regierung wird sich vor allem nach zwei Richtungen erstreden. Es soll einmal im Aenderung in der Organisation der Bergbehörden eintreten, indem getrennte Behörden geschaffen werden für den Bergbaubetrieb und für die staatliche Aufsichtsbefugnis. Ferner soll gegen Entscheidungen von Bergbehörden das Verwaltungsstreitverfahren eingeführt werden.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Aus dem Barmenrevier.

Der Bericht über die Lage der im Verein für die berg- und hüttenmännischen Interessen im Kölner Bezirk vertretenen Industriezweige während des Jahres 1907 (Zahlenangaben liegen für folgende Verwaltungen vor: Schweizer Bergwerksverein, Nordstern und Vereinigungsgesellschaft (ältere Gruben und Maria) weist nach, daß die Gesamtförderung im Jahre 1907 abgenommen hat. Sie betrug 2227042 Tö., das ist gegen das Vorjahr 23547 Tö. weniger oder um 1,05 Proz. Sowohl vermehrte sich die Produktion an Magere Kohle um 65210 Tö., wogegen bei den Flamm- und Fettköhlen eine Verminderung der Produktion um 88751 Tö. eintrat. Die Produktion der beiden im Betrieb befindlichen Kreiselsäfte stieg mit 68915 Tö. gegen 66077 Tö. im Jahre 1906 um 2888 Tö. = 4,29 Proz.; die Koksproduktion stieg mit 505732 Tö. gegen 476462 Tö. um 119270 Tö. = 25,03 Proz. Die Gefügzahl der Arbeiter betrug 10035 gegen 9777 im Vorjahr, stieg also um 258 = 2,64 Proz. Die mittlere Jahresleistung der bei dem Steinholenbergbau unterirdisch beschäftigten Arbeiter stieg bei den älteren Gruben der Vereinigungsgesellschaft von 311 Tö. im Vorjahr auf 239 Tö. bei der Grube Maria von 245 Tö. auf 256 Tö. Was die im Steinholenbergbau überhaupt beschäftigten Arbeiter betrifft, so stieg sie bei den älteren Gruben der Vereinigungsgesellschaft von 247 Tö. auf 278 Tö. und bei Grube Maria von 210 Tö. auf 218 Tö. Der durchschnittliche Schichtlohn der im ganzen beschäftigten Arbeiter erfuhr eine Erhöhung um 0,21 M.

Aus der Deutschen Arbeiterbewegung.

Krieg dem Kriege!

Vor nicht langer Zeit Wündeten bekannte Arbeitervertreter Englands an, daß sie sich ins Unternehmen mit den deutschen Arbeitern seien möchten, um gegen die fortgesetzte Kriegshebe, wie sie in der chauvinistischen Presse getrieben wird, zu demonstrieren. Zu diesem Zwecke sollte man Berlin besuchen und durch eine Abordnung englischen Arbeiterschäfers eine Adresse an die deutschen Arbeiter richten. Der Plan stand besonders bei den Berliner Arbeitern mit Einschluß der Hirsch-Dunker'schen Arbeiterfreundigen Widerhall. Nur die christlich-soziale Arbeiterschaft um Süder, Münchhausen herum war unzufrieden und Vehrens erklärt im „Reich“ die Demonstration als höchst überflüssig. Die englischen Arbeiterschäfer hätten sich geirrt, daß die Sozialdemokratie die Vertretung der deutschen Arbeiter sei.

Die englischen Gewerkschafter haben im allgemeinen von der deutschen Arbeiterschaft kein rechtes Bild. Sie sehen die deutsche Bewegung und die deutschen Verhältnisse vornehmlich durch die Brille, welche ihnen von den sozialdemokratischen Gewerkschaftern und Sozialdemokraten auf den internationalen Kongressen und durch die deutsche rote Presse auf die Nase gesetzt wurde. Über die christlich-nationale Arbeiterbewegung und speziell über die christlichen Gewerkschafter sind sie falsch unterrichtet und in Vorurteilen festgefahren. Tatsächlich stehen die meisten englischen Gewerkschafter den christlichen Gewerkschaften Deutschlands ihren Grundsätzen und Praxis nach viel näher als wie den sozialistischen Gewerkschaften. Wenn die englische Abordnung ihren Aufenthalt dazu benutzen wollte, auch die nicht sozialistische Arbeiterbewegung Deutschlands zu studieren, so würde das für die Beziehungen der Arbeiterschaft Englands und Deutschlands zu einem Wert befreien und die englischen Gewerkschafter würden sich von dem Wahns befreien, noch fernerein die Sozialdemokratie als die Repräsentanten der deutschen Arbeiter zu betrachten.

Aus jeder Zeile dieser Auslösungen des Herrn Vehrens blickt die Verärgerung und der Neid heraus, daß sich die englische Arbeiterschäfer nicht an die Vehrens, Münchhausen alias Monheim gewandt haben, um so die Friedensdemonstration in die Hände von Leuten zu legen, die zum Teil bis am Halskragen selbst im tiefsten Chauvinismus stecken. Jedoch die Engländer erfreuen an, daß das Gesetz der Zahlen auch für eine Friedensdemonstration mit in Frage kommt. Sie wandten sich darum in erster Linie an die deutsche Sozialdemokratie, die 3/4 Millionen erwachsene deutsche Männer hinter sich hat. In politischer wie gewerkschaftlicher Hinsicht bedeutet die christlich-soziale Arbeitergruppe, also die, die hinter Vehrens, Monheim und Sonstigen stehen, rein garnichts. Darum werden sie die englischen Arbeiterschäfer auch wegen dem Grossen Vehrens keine Kopfschmerzen machen.

Die Demonstration am 20. September selbst gestaltete sich zu einer in achtvollen Kündigung für den Frieden. Weit mehr als 20000 Arbeiter hatten sich in den Lokalitäten und im Garten der „Neuen Welt“ in Berlin eingefunden. Massenhaft war in auch die Polizei aufgeboten, das Militär war in den Kasernen konzentriert!!

Die Friedensadresse der Arbeiter Britanniens an die Arbeiter Deutschlands beginnt mit den Worten „Brüder! Freunde!“ wurden Kriege gewöhnlich durch die dynastischen Streitigkeiten von Monarchen, die Intrigen und Bänkeren von Staatsmännern, religiösen Hader und Verfolgungen oder Nationalvorurteile verursacht. Einige dieser Ursachen gibt es freilich noch immer als mächtige Quellen des Unheils, aber die unheilvolle Wirkung übt heute der Teil der Presse aus, den prinzipsielle Kapitalisten besitzen und beherrschen“. Die Adresse schildert dann die jahrelangen Versuche der Presse, Buntwirtschaft zwischen Frankreich und England zu säen, Versuche, die ein für das Volk sehr drückendes Vertrauen der beiden Länder veranlaßten. Die einzigen Personen, die aus dieser Verhebung Nutzen ziegen, seien die Wucherer und Kapitalisten gewesen. „Die große Massen bezahlt und kämpft, die bestehende Klasse heimt die Frucht ihrer missigen Torheit ein“. Schließlich nach Jahren unermüdlicher Arbeit sei der Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich und England zustande gekommen, der ein Triumph für die Arbeiter beider Länder war. Sie war es, die sozusammen und Schmied den Weg zu dieser Verständigung bahnte. Was kann, führt die Adresse fort, die Arbeiter Deutschlands und Britanniens hindern, zu tun, was Frankreich und Britanniens getan haben? Zwischen Deutschland und England gibt es weder Streitigkeiten noch Ursache zu Streitigkeiten. Immer weitere Fortschritte macht das Prinzip des Schiedsgerichtsvertrags, immer enger werden die Bande der Völker. Wie auch die politischen, sozialen und religiösen Ansichten auseinandergehen mögen, einig sind die Arbeiter der ganzen Welt in dem Glauben, daß der Friede die erste und unerlässliche Bedingung des Fortschritts ist. Stark in diesem Glauben wollen die englischen Arbeiter noch ein Glied an der Kette menschlicher Brüderlichkeit schließen und die Stelle, die das deutsche mit dem britischen Volk verbindet, so stark machen, daß die vereinigten Mächte des Buntwirtschafts nicht instand sind, sie zu zerreißen. Dann wird auch die drückende Würde des Militarismus den Völkern erleichtert werden können. Die Erzgeber des Wohlstandes, die Arbeiter, haben alle Ursache, blutigen Kämpfen zuvorzukommen. Sie sind nicht schuld an den Kriegsgefechten der Nationen, aber sie müssen die Kriegskosten bezahlen und ihr Blut vergießen. Mit einem Aufzug zur Verbrüderung der Arbeiter Englands, Frankreichs und Deutschlands schließt die Adresse.

Die Adresse wurde von dem Sekretär der internationalen Schiedsgerichtsinstanz Maddison überreicht, nachdem der Vorsthende der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands Legien die Versammlungen wie die ausländischen Gäste mit herzlichen Worten begrüßt hatte. Legien halte darauf hingewiesen daß hinter den für den Frieden demonstrierenden Arbeitervertretern auch 221000 englische und 210000 deutsche, also 4321000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter stehen. Es sprachen noch der Reichstagsabgeordnete Fischer namens der sozialdemokratischen Partei, die Engländer Shackleton, Appleton, Allen, Kelly, Burt und Great, alles bekannte Namen. Fischer erfuhr die Versammlungen folgender Erklärung zu stimmen.

Die in den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei organisierte Arbeiterklasse Berlins begrüßt die Delegation der englischen Arbeiterklasse auf das herzlichste und nimmt die von ihr überbrachte Adresse als Ausdruck der brüderlichen Solidarität entgegen. Zur volleren Übereinstimmung mit dem Beschlüsse der politischen Vertretung der klassenbewußten Arbeiterschaft Deutschlands erklärt sie: Das gemeinschaftliche und verbrecherische Kriegsbestrafte bestimmt Kreise, zwei Kulturböller wie das englische und deutsche gegenseitig zu verhängen und zum Kriege aufzustacheln, dient nur den engelzögigen und kurzfristigsten Interessen der ausbeutenden und herrschenden Klassen. Es steht im schroffsten Gegensatz zu der Gesinnung internationaler Brüderlichkeit der ausgebauten Massen aller Nationalitäten, welche durch die engste Solidarität der Interessen miteinander verbunden sind. Angesichts der Opfer an Gut und Blut, welche jeder Krieg in erster Linie den werktätigen Massen auferlegt, und der ungeheuren materiellen und kulturellen Schädigungen, welche er für die Gesamtheit des Volkes mit sich bringt; angesichts der wirtschaftlichen und weltpolitischen Zusammenhänge, denen zufolge jeder Konflikt zwischen zwei Kulturnationen die Gefahr eines Weltkrieges in sich birgt: verpflichtet sich die heutige Versammlung, entsprechend der Resolution des Internationalen Kongresses in Stuttgart, hand in Hand mit der englischen Arbeiterklasse mit allen in Betracht kommenden Mitteln dahin zu wirken, daß der chauvinistische Geist überwunden und der Frieden gesichert wird.

Zuland stimmen die Tausende dieser Erklärung zu.

Der Sonntagsveranstaltung war am Samstag abend ein feierlicher Empfang im Berliner Gewerkschaftshaus vorangegangen. Die Begrüßungsrede hielt hier Herr Sassenbach, der die englischen Delegierten im Namen der Berliner Arbeiterschaft willkommen hieß. Von den englischen Gästen sprachen die Abgeordneten Powermann, Vivian, Nichols, Wilson und Morgan.

Für den Sonntag nachmittag hatten die Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften in einem nach ihrem Gewerkschaftshaus in der Kreuzstraße gleichfalls eine Demonstrationsveranstaltung für den Frieden berufen, die ebenfalls überfüllt war. Der Einzug der englischen Gäste wurde mit dem Gesang: Brüder reicht die Hand zum Bunde! eingeleitet. Generalsekretär Hartmann begrüßte die englischen Gäste namens des Verbandes deutscher Gewerkschaften. Die Übergabe der englischen Adresse durch Maddison erwiderte der Verbandsauftakt Goldschmidt mit der Uebergabe einer Antwortadresse der deutschen Gewerkschaften, die die Kriegsgefechte der kapitalistischen Presse verurteilt und der brüderlichen Solidarität der deutschen mit der englischen Arbeiterschaft Ausdruck gibt.

Nachdem dann dieselben englischen Redner wie in der Versammlung in der „Neuen Welt“ der Friedensliebe des englischen Arbeitervolks Ausdruck gegeben hatten, nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

„Die heutige außerordentlich stark besuchte Versammlung der deutschen Gewerkschaften billigt die Antwort des Generalsekretärs auf die Adresse der englischen Arbeiterschaft und bringt erneut zum Ausdruck, daß die deutschen Arbeiter in Frieden und Freundschaft leben wollen mit allen Kulturnationen, insbesondere auch mit dem Volke Großbritanniens. Unsere Parole soll sein: Krieg dem Kriege, Soz die Arbeit und der Fortschritt und der freie friedliche Weltbewerb der Völker!“

An dieser Stelle wollen wir noch bemerken, daß auch anlässlich des Mühlberger sozialdemokratischen Parteitages am Samstag den 20. September unter freiem Himmel eine Friedenskundgebung des Mühlberger Arbeiterschaft stattfand. Mehr als 10000 Arbeiter hatten sich auf dem Ludwigseck zusammengefunden. Es sprachen Reichstagsabgeordnete Schuhmeier (Wien), Dietrich (London), Huyssen (Brüssel) und Frau Popp (Wien). Die Friedenskundgebungen werden ihren Zweck nicht versiehen. Wie die Bergarbeiter insbesondere über die Kriege denken, das haben sie auf den internationalen Bergarbeiterkongressen offen genug ausgesprochen. In der Bergindustrie haben die Chauvinisten festen Fuß gefaßt, ihre Organe wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ sind ihre Ruten für die Völker. Dahingegen haben sich andere Organe der Bergindustrie wieder mit offener Demokratie — wie die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ — in schoffter Weise gegen die chauvinistischen Kriegsgefechte ausgesprochen. Möglicherweise ziehen die Völker aus den Kundgebungen ihre Lehre ziehen!

Die Verurteilung des Reichsverbandlers Amandus Schubert.

Eine Kreatur des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der ehemalige Staatskanzleibeamte Amandus Schubert in Chemnitz, wurde nach dreitägiger Verhandlung von dem Chemnitzer Landgericht zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrenrecht verurteilt. Über einen Witangestragt habe und einen Bruder Schuberts wurden je 9 Monate und je zweijähriger Ehrenrechtsverlust verhängt.

Schubert hat seinerzeit eine Verleumdungsschrift gegen die sozialdemokratische Verwaltung der Chemnitzer Ortskantonskasse herausgegeben, er wurde zwar mehrmals dieschhalb wegen Verleumdung bestraft, aber der Reichsverband schlugte die in 10000 Exemplaren verbreitete Schrift doch gehörig aus.

Schubert wird seinerzeit als Verbrecher, alles nutzte nichts, der Reichsverband zehrte weiter an den Verleumdungen. Jetzt stand nun Schubert mit den zwei Komplizen der Repression angeklagt vor Gericht. Außer der Verwaltung über seine gemeine Arbeit waren die Schuberts in der Verhandlung von besonderer Wichtigkeit, daß ein Dr. Wöser als Verfasser der Schrift gegen die Sozialdemokratie enttarnt wurde. Der Schubert ist nun gerichtet und für jeden abgetan, der nicht selbst zu dem moralisch Verkommenen zählt. Der Reichsverband aber wird nach wie vor von den Schubertschen Verleumdungen zehren.“

Hirsch-Dunkersche Zahlschulen. Die Kreatur, die an der mangelsaftesten Überzahl über die Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften im Jahre 1907 von den Organen der freien Gewerkschaften geißelt wurde, hat doch Erfolg gehabt. In Nr. 71 des Gewerkschaften wird einiges nachgewiesen. Mit Ausnahme von zwei Gewerkschaften werden da auch die Ergebnisse der Einnahmen aufgeführt. Von diesen zwei Gewerkschaften hat der Tabakarbeiter überhaupt keine Angaben gemacht, der Maschinen- und Metallarbeiter aber gibt nur seine Einnahmen mit 884103 M. an. In der

sofort die Existenz des Vereins in Frage gestellt. Wird dann nicht die gewöhnliche "Dividende" auszahlbar, so laufen die genossenschaftlich unterzogenen Mitglieder in Scharen weg und nehmen natürlich auch unsern Geschäftsannteil mit. Das liebt wied dadurch nur vergrößert, vielleicht der Kün herbeigeschafft.

Will aber der Geschäftsführer solcher "Genossenschaft", um diesem Leben zu entgehen, dennoch die alte Altvvergütung zum Vorschlag bringen, so kann er das nur von vornherein durch ein genossenschaftswidriges und unredliches Verschweigen oder gar Verschleieren der Sachen tun, und wenn er dann angefangen hat, sich auf diesen Boden zu bewegen, so werden unter Umständen bald nicht nur die Reserven aufgezehrt, sondern es wird sogar eine positive Unterblanz hervorgerufen, welche dann mit einer mehr oder weniger erschitternden, vielleicht verachtenden Katastrophe des Vereins schließt! Auf diese Weise sind Katastrophen wie die von Connewitz entstanden. Und auch wo solche nicht entstehen, kommt ein Dividendenverein nicht zur vollen Gestaltungsfähigkeit. Das Beispiel der beiden Hamburger Genossenschaften, von denen die Neue Gesellschaft seit 50 Jahren Dividenden zahlt, ohne genossenschaftlich einen Schritt in ihrer Ausgabe voran zu tun, während die "Produktion" in wenigen Jahren schon Großes geleistet hat, gibt da die deutlichsten Merkmale.

Eine Reihe von Konsumvereinen stellt sich neuerdings, durch die Not gebrüder, mehr und mehr auf den Standpunkt der Beschränkung der Altvvergütung zugunsten der Ansammlung leistungsfähigen Eigentumsguts. Die einen tun dies jaghaft, die andern etwas milde. So können dies überhaupt nur jolche Vereine wagen, wo die Mitglieder bereits gleichermaßen gründlich genossenschaftlich erzogen sind und besonders die Frauen nicht die Genossenschaft wie einen Händlerladen zu betrachten gewohnt sind. Wo das nicht gentigt vorbereitet ist, da hat eine Beschränkung der Altvvergütung leicht den Erfolg, daß die Mitglieder, welche dann auch von außen her von der Gegnerschaft gefestiglich in Schreden verlebt werden, dem Konsumverein den Rücken lehren und daß dann ein für seinen Bestand bedenklicher Blasfall an Umsatz entsteht. Wo aber von vornherein die nötige Sachkenntnis vorhanden ist, da kann unter Umständen ein scharfer Schnitt genugt werden. Charakteristisch hierfür ist ein Fall in Bremberg, wo vor drei Jahren ein entschlossener Vorstand es mit Hilfe einer ausgelösten Mitgliedschaft wagte, die Altvvergütung mit einemmal von 10 auf 5 Prozent herabzuführen, um das gar zu schwache Vereinsvermögen zu kräftigen. Es gab natürlich großes Geschrei, der Konsumverein liege im Sterben, und einige hundert Mitglieder ließen sich herauslösen. Über sie waren bald durch neue erneut und kamen zum Teil selbst wieder, als der erste Schreden vorüber war. Nach neuesten Berichten hat der Verein nunmehr bereits nicht nur flüchtige Abschreibungen gemacht, sondern eine Reserve von 45 000 M. in drei Jahren gesammelt und damit die Grundlage zu einer Macht gewonnen, mittels welcher er nicht nur künftigen Stürmen die Spitze bieten kann. Denn 100 000 M. Gemeinkost einer Genossenschaft von 1000 bis 3000 treuen Mitgliedern sind wirtschaftlich mächtiger wie eine, ja mehrere Millionen in einer Kapitalwirtschaft."

Unsere Kameraden, soweit sie Genossenschaften beitreten, solche gründen der schon Konsumvereinen angehören, mögen sich die Worte Staudingers recht zu Herzen nehmen.

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz

hat soeben seinen Geschäftsbericht für das 24. Geschäftsjahr 1907/1908 herausgegeben. Der Umsatz ist gegen das Vorjahr um rund 2 Millionen Mark gestiegen, ein Ergebnis, das angesichts der wirtschaftlichen Depression als recht erfreulich betrachtet werden kann.

Im Geschäftsjahr 1905/06 kam auf das Mitglied ein Umsatz von 372,78 M., im Jahr 1906/07 von 384,94 M. und 1907/08, dem jetzt abgelaufenen Geschäftsjahr 411,12 M. Die letzten drei Geschäftsjahre weisen in bezug auf Mitgliederzahl und Umsatz folgende Zahlen auf:

Geschäftsjahr	Mitgliederzahl	Gesamtumsatz pro Mitglied
M.	M.	M.
1905/06	38 359	14 200 470,96
1906/07	38 619	14 788 461,81
1907/08	40 508	16 664 590,86

Die Genossenschaft erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Bruttovermögen von 1 514 080,23 M. gegen 1 375 842,85 M. im Vorjahr. An Dividende brachte die Verwaltung wie bisher 10 Prozent zu verteilen.

Die Bäckerei und die Fleischerei haben ihre Produktion ganz bedeutend steigen müssen, um die Bedürfnisse der Mitglieder zu befriedigen. Das Gesamt personal, das Ende vorigen Jahres 908 Köpfe zählte, ist auf 1008 gestiegen. An Gehältern und Löhnen sind 1 076 390,18 M. gezahlt worden.

Internationale Rundschau.

Ein Referendum über den Generalstreik in Frankreich.

Als nach dem Blutbad von Dravall und Villeneuve bei Paris seitens des Komitees des Allgemeinen Arbeitsbundes ein Generalstreik von 24 Stunden angeordnet wurde, zum Protest gegen diese Massaker der französischen Regierung, schrie die Pariser Sektion (Typographen) des französischen Bucharbeiterverbandes zur Ausführung dieses Beschlusses, während das Zentralkomitee, sich auf die Verbandsstatuten berufend, jede Verantwortung ablehnte.

Der größere Teil der Pariser Arbeiter, auch derjenige der Pariser Typographen, gab der Ausrufung des Komitees des Allgemeinen Arbeitsbundes keine Folge, sie arbeiteten weiter.

Das Verhalten des Zentralkomitees des Bucharbeiterverbandes (dem Allgemeinen Arbeitsbund angeschlossen ist) rief in den Reihen der Pariser Sektion lebhafte Proteste hervor. Das Pariser Sektionskomitee veranstaltete eine Protestversammlung, in welcher die Majorität gegen das Zentralkomitee einen Tadel aussprach.

Um nun zu erfahren, ob es das Vertrauen des Gesamtverbandes noch besitzt, veranstaltete das Zentralkomitee des Bucharbeiterverbandes in allen Sektionen ein Referendum, indem es ihnen drei Fragen zur Beantwortung unterbreitete:

1. Sind Sie Anhänger des Generalstreiks, wie ihn das Komitee des All. Arbeitsbundes (Confédération Générale du Travail) amstellt?

2. Sind Sie Anhänger des Generalstreiks für den Fall, daß Maßregeln ergriffen würden, um das durch das Gesetz vom Jahre 1884 erlaubte Vereinstreit der Gewerkschaften zu unterdrücken?

3. Willigen Sie die Haltung des Zentralkomitees im Laufe der neusten Ereignisse?

Wie der "Humanité" berichtet wird, hat das Referendum folgendes Resultat ergeben:

Frage 1: 1196 Stimmen für den Generalstreik, wie ihn das Komitee des Allg. Arbeitsbundes anstellt, 6333 dagegen.

Frage 2: 6413 für den Generalstreik, im Falle das Vereinsrecht der Gewerkschaften bekräftigt würde, 811 dagegen.

Frage 3: 6413 für Billigung der Haltung des Zentralkomitees, 1096 dagegen.

Das Pariser Sektionskomitee hatte seinen Anhängern geraten, an der Abstimmung nicht teilzunehmen. Trotzdem liegen es sich 997 Verbandsmitglieder nicht nehmen, ihre Ansicht anzudrücken. 186 Abstimmungsgäste wurden für ungültig erklärt, da sie gegenwärtiger Kontrolle, die 302 für gültig erklärten ergaben folgendermaßen:

Frage 1: 21 für den Generalstreik, wie ihn das Komitee des Allgemeinen Arbeitsbundes anstellt, 73 dagegen.

Frage 2: 589 Stimmen für den Generalstreik, im Falle die Vereinsfreiheit angetastet würde, 152 dagegen.

Frage 3: 711 Stimmen für Billigung der Haltung des Zentralkomitees, 55 dagegen.

Nach Auszählung dieser Resultate hat der Sekretär des Zentralkomitees der Presse eine Erklärung übermittelt, der wir folgende Zeilen entnehmen:

"Aus dem Referendumsgesetz geht mit klarer Deutlichkeit hervor, daß man im Bucharbeiterverband im Prinzip gegen den Generalstreik von 24, 48 und mehr Stunden ist.

Die impoante Mehrheit, welche die zweite Frage bejaht hat, bestund hingegen einen festen Willen, einen unerschütterlichen Entschluß, sich jeder Bergewaltung der Freiheiten der Gewerkschaften zu widerlegen. Möge die Regierung, mögen die Parlamentarier über einen so unzweideutigen Fingerzeig nachdenken.

Das die Antwort auf die dritte Frage anbetrifft, so billigt sie voll und ganz die Haltung, die das Zentralkomitee während der neusten Ereignisse eurahm, und spricht es frei von der Anklage, es habe in großlicher Weise die Berufsschule verraten."

Zum Schluß wird noch die Hoffnung ausgedrückt, daß jetzt wieder der Friede zwischen dem Zentralkomitee und dem Pariser Sekretär zurückkehrt.

Zum richtigen Verständnis dieses Votums sei noch bemerkt, daß in Frankreich der Begriff Grève Générale (Generalstreik) ebensoviel mit unserem Begriff vom Massenstreik zusammenfällt. Eine allgemeine Umfrage, die vor zwei bis drei Jahren veranstaltet wurde, ergab die verschiedenartigsten Deutungen. An den Generalumstößen, das kurzum alle Arbeit ruhen lassen, glaubt auch in Frankreich kein vernünftiger Mensch.

Internationale Schneiderbewegung.

Auf der internationalen Schneiderkonferenz, die im Anschluß an den Verbandstag der Schneider und Waschearbeiter am 24. August in Frankfurt a. M. stattfand, wurden über die Organisationsverhältnisse der Schneider in den einzelnen Ländern folgende Angaben gemacht:

Männliche Mitglieder	Weibliche Mitglieder	Gesamtmann
Amerika	—	14 500
Dänemark	2 400	8 400
Deutschland	82 808	7 941
England	—	18 842
Holland	—	600
Österreich	—	7 223
Schweiz	1 800	850
Ungarn	4 608	760
		5 456

Es waren demnach auf der Konferenz 87 915 organisierte Arbeiter vertreten. Von den Vertretern aus Amerika, England, Holland und Österreich konnten Angaben über männliche und weibliche Mitglieder nicht gemacht, sondern nur die Gesamtzahl derselben angegeben werden.

Amerika. Der Bergarbeiterverband des Westens ("Western Federation of Miners") hielt im Juli 1908 seine Generalversammlung in Denver ab. Seine Mitgliederzahl beträgt 28 116, die Einnahmen stellen sich im letzten Verwaltungsjahr an 1 100 664 Dollar, die Ausgaben auf 908 885 Dollar, wovon 189 588 Dollar für die Verteidigung der wegen Ermodung eines Staatsgouverneurs angeklagten, jedoch freigesprochenen Verbandsfunktionäre verwendet wurden. Der größte Teil der Einnahmen entfällt auf Beiträge anderer Gewerkschaften, die aus Anlaß dieses Prozesses geleistet wurden. — Bemerkenswert ist, daß nun auch die Bergarbeiter des Westens von der 1905 gegründeten Landeszentrale "Industrial Workers of the World" aufgestanden, die sich ursprünglich zum Zweck setzte, den Amerikanischen Arbeiterbund zu sprengen. Die Generalversammlung der Bergarbeiter des Westens setzte ein Komitee ein, das berufen ist, einen Gegenseitigkeitsvertrag mit dem großen Bergarbeiterverband ("United Mine Workers of America") abzuschließen.

Knappshaftliches.

Zur Beachtung für chemische Bergarbeiter des Steinkohlenbauvereins Schader-Oberhondorf.

Betreffender Verein hat am 27. April 1907 liquidiert. Es bestand zu dieser Zeit noch eine Unterstützungs- und Bekleidungskasse. Erstere wurde am 1. August 1908 einen Bestand von 3 242,40 M. Seitens der Arbeitnehmer wurde auf Grund des § 7 des Statuts beantragt und vom Vorstand einstimmig beschlossen, den Bestand wie folgt zu teilen: Invaliden, Witwen, Waisen und Mitglieder, welche am 27. April 1907 noch derselbst bestiftigt und Beiträge in Höhe von 1/4 Proz. vom verdienten Lohn zur Kasse geleistet, haben je zwei Teile, alle übrigen Mitglieder, welche am 27. April 1907 noch derselbst in Arbeit standen, je einen Teil. Die Aufzeichnung ergibt für:

Invaliden	157 je 10 M. = 1 570 M.
Witwen und Waisen	72 " 10 " = 720 "
Mitglieder je zwei Teile	60 " 10 " = 600 "
Mitglieder je einen Teil	69 " 5 " = 344 "
	3 255 M.

Kapital : 8242,40

Aufzuzahlen : 3 295,—

bleibt Rest 7,40 M.

Die Bekleidungskasse hat einen Bestand von 2 188,75 M. wird aber nur an Witwen und Waisen aufgeteilt werden. Witwen und Waisen sind 72 vorhanden. Hier gestaltet sich die Aufzeichnung folgendermaßen:

Bestand : 2 188,75 M.

Witwen und Waisen 72 je 29 M. = 2 088

bleibt Rest 48,75 M.

Diese beiden Reste, zusammen 58,15 M., sollen für Aufstellungskosten und unvorhergesehene Fälle Verwendung finden. Nach beendeter Aufstellung soll der etwa noch vorhandene Rest der Krankenkasse zugeschlagen. Die Auszahlung beginnt mit dem 1. Oktober 1908 bei der Werkstafse. Dies liegt daher im Interesse der Bezugsberechtigten, sich bei der Werkstafse einzufinden, respektive ihre Adressen einzufinden, damit ihnen der Betrag zugeschickt werden kann. Adresse ist: Steinkohlenbauverein-Schader in Bückeburg, Oberhondorf bei Einbeck (Sachsen). Dies zur pflichtgemäßen Benachrichtigung für alle Beteiligten.

Aus der Rechnungs- und Vermögensübersicht der Halberstädter Knappshaftskasse für 1907. Am Schlusse des Berichtsjahres waren im Vereinsbezirk 89 Werke im Betriebe, auf denen 20 334 Berg- und Salinenarbeiter beschäftigt waren. Von diesen waren 10 671 ständige und 8663 unständige Knapphaftsmittelglieder. Außer diesen waren noch 67 Halbinvaliden und 45 wochentliche Arbeiter tätig, so daß die Gesamtbelegschaft Schluss 1907 aus 20 446 Personen bestand, von denen 19 901 auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes bei der Norddeutschen Knapphaftskasse versichert sind. Außerdem befinden sich noch 174 ständige Knapphaftsmittelglieder beim Militär, während 316 zu den Feierlichkeiten übergetreten sind. In Pensionen und Unterstützungen wurden gezahlt an 1119 Ganzt- und 106 Halbinvaliden ständiger und 156 Ganztinvaliden unständiger Knapphaftsmittelglieder 427 692,26 M., an 1094 Witwen ständiger und 115 Witwen unständiger Knapphaftsmittelglieder 166 366,41 M., an 631 Waisen und 7 Kinder von Invaliden ständig und 12 Waisen unständiger Knapphaftsmittelglieder 39 649,10 M., zusammen 668 706,77 M. Für Krankengelder, Sterbegelder, Kur- und Arztkosten sind 592 539,90 M. aufgewendet worden. Einschließlich des Bestandes aus dem Vorjahr stellen sich die Gesamteinnahmen auf 8 310 289,78 M., während sich die Gesamtausgaben auf 2 254 409,36 M. beziehnen. Unter Berücksichtigung des Kurwertes der Wertpapiere betrug das Vermögen Schluss 1907 6 883 052,40 M. gegen 6 544 818,55 M. am Schlusse des Jahres 1906; es hat sich also um 338 233,85 M. vermehrt.

Wie der "Humanité" berichtet wird, hat das Referendum folgendes Resultat ergeben:

Frage 1: 1196 Stimmen für den Generalstreik, wie ihn das Komitee des Allg. Arbeitsbundes anstellt, 6333 dagegen.

Frage 2: 6413 für den Generalstreik, im Falle das Vereinsrecht der Gewerkschaften bekräftigt würde, 811 dagegen.

Frage 3: 6413 für Billigung der Haltung des Zentralkomitees im Laufe der neusten Ereignisse?

Wie der "Humanité" berichtet wird, hat das Referendum folgendes Resultat ergeben:

Frage 1: 1196 Stimmen für den Generalstreik, wie ihn das Komitee des Allg. Arbeitsbundes anstellt, 6333 dagegen.

Frage 2: 6413 für den Generalstreik, im Falle das Vereinsrecht der Gewerks

bekommen. Klage wird auch geführt von den alten Invaliden, daß sie jetzt noch genau wie vor 20 bis 30 Jahren, nur die Woche 9 Mark Pension erhalten, trotzdem die Nahrungsmittel bedeutend im Preise gestiegen sind. Auf den übrigen Werken des Zwickauer Reviers erhält der Arbeiter, wenn er krank ist und von dem Arzt als dauernd invalid erklärt wird, 28 Wochen Krankengeld und vom ersten Tag der Erkrankung ab die Knapsackspension nebst Reichszuschuß, auf den v. Arnim'schen Werken gibt es so etwas nicht. Das schönste bei allem ist, daß den Invaliden noch der Reichszuschuß in Abzug gebracht wird. Da die Leute auf den Arnim'schen Werken 1889 nicht mitgestreikt haben, bezahlt das Werk aus "Dankbarkeit" die Beiträge zur Pensionsklasse allein, dafür müssen sich aber die Invaliden gefallen lassen, daß ihnen der Reichszuschuß von der Pension abgezogen wird. Der Herr v. Arnim ist nur Mitglied der ersten Ständekammer in Sachsen, also Gesetzesmensch. Vergleichen Herren sind noch mehr dort vertreten. Da kann man sich schon im Voraus ein Bild machen, was aus dem neuen Berggesetz entwurf für das Königreich Sachsen nun wird.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Grube Beateneglock. In Ober-Niedriabow liegt eine Grube, die Beateneglock heißt. Glück haben aber dort nur die Kapitalisten, denn diese nehmen den Profit, den die Arbeiter machen. Nicht nur, daß dort schlechte Löhne gezahlt werden für die schwere und gefährliche Arbeit, auch im Unglücksfalle werden die Arbeiter unmenschlich behandelt. Heute Tage arbeiten ausländische Arbeiter. Einer dieser Arbeiter war beim Kohlenwagenschieben beschäftigt. Die Bahn hatte zwischen den Schwelten diese Löcher, war also mangelhaft mit Material ausgestattet noch mit Brettern zugesetzt, um das Halbschreien zu verhindern. Am 8. September fuhr nun dieser Arbeiter über die Bahn und rutschte, wie immer, beim Wagenschieben die Sprünge von Schwelle zu Schwelle machen. Dabei rutschte er ins Loch hinein. Die Bahn hat etwas Steigung und der Wagen kam auf den Arbeiter zurück. Der Arbeiter wurde nun aus seiner trüischen Lage befreit. Im ersten Augenblick spürte er nur im Bein sehr heftige Schmerzen. Wer nun glaubte, daß der Verunglückte ins Lazarett oder in seine Wohnung gefahren oder getragen würde, hatte sich sehr getäuscht. Der Kohlemesser Soysa gab dem Verunglückten ein Stück Fleischstücke als Stütze und befahl ihm, ins Schlafhaus, seine Wohnung, zu gehen. Ganz gehuer schien die Sache dem Herrn S. nicht, denn er schickte mit dem Kranken einen alten Mann als Begleiter mit, nicht etwa als Stütze, dazu war der alte schwache Proletarier nicht imstande. Der Weg bis zum Schlafhaus ist circa 1000 Meter lang. Der Kranke hüpfte auf dem einen Bein diese lange Strecke hin. Unterwegs ist er einige Male sitzen geblieben. Hierbei muß gefragt werden, ob die Beamten dieser Grube nicht wissen, wie Verunglückte zu transportieren sind. Ferner ist zu fragen, ob denn auf dieser Grube keine Abnahme oder Kontrolle der verschiedenen Betriebeinrichtungen durch die Bergpolizei stattfindet? Das scheint nicht der Fall zu sein. So ist dies auf solcher Bahn z. B. nicht geschehen werden. Über gilt auf Beateneglock, daß der Brunnentest ausgeführt wird, wenn das Kind entrunken ist? Die Arbeiter auf dieser Grube haben bis jetzt noch kein Bedürfnis gespürt, sich zu organisieren, deshalb die Behandlung. Solange die Arbeiter nicht in einem starken Verband organisiert sind, werden sie keine besseren Zustände schaffen. Die Faust in der Tasche und ein paar "Pionen" beim Unglück und am Vortag führen zu nichts. Also hinein in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

Magnis'sche Gruben. Als die lath. Fachabteilung vor kurzem eine Versammlungstour durch den Neuroder Kreis unternommen, um Mitgliedsfang zu betreiben, da wurde rühmend hervorgehoben, was sie für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, auch im Neuroder Kreise, schon alles getan hätten. Was diese Sorte Arbeitervertreter schon für die Arbeiter geleistet hat, davon einige Beispiele. Behauptet wurde, daß sie (die Fachabteilung) in Schlegel eine Lohnerschöhung von 20 Pf. pro Schicht bewilligt erhalten hätten. Nun steht fest, daß in Schlegel auf der Johann-Baptistengrube Haarerböhne von 8 M. pro Schicht ausgeschüttet werden. Wir fragen: "Sind die 20 Pf. Lohnerschöhung dabei, ihr großmütigen Fachabteilung?" Wir konstatieren, daß gerade dieses Werk, trotz der Fachabteilung, die miserablen Löhne im ganzen niederschlesischen Kreis zahlt, daß Leute Lohnerschöhungen bekommen haben, ist schon möglich, aber vielleicht nur diejenigen von der katholischen Fachabteilung, welche im Jahre 1906 dem Grafen Magni zu Diensten standen. Das Wohlstande in Hölle und Hölle, besonders auf dem Schlegeler Werk, vorhanden sein müssen, zeigen uns die vielen Unfälle in letzter Zeit. Wie es mit der huminen Behandlung auf den Magni'schen Werken aussieht, das kann man auf der Rubengrube am besten beobachten. Dort war am 2. September auf dem Anna schacht, wo die Seilschaft stattfindet, etwas im Schacht nicht in Ordnung, weshalb die Seilschaft nicht stattfinden konnte. Da das Fahrtenschein länger dauert als die Maschinenförderung, so hatten sich die Kumpel etwas eher zur Aussicht bei den Fahrten eingefunden, doch der aussichtsführende Beamte ließ die Leute nicht eher heraus. Dadurch entstand beim Füllort, wo die Kohlenzüge noch fortwährend einfuhren, ein furchterliches Gedränge. Daß dadurch leicht ein Unglück geschehen könnte, mochte auch den betreffenden Beamten einleuchten, er ließ deshalb die Leute ausfahren. Als die Leute über Tage angefangen waren, empfing sie der Bergverwalter Cronc, welcher die Viehwohlwürdigkeit besaß, 170 Mann wegen vorzeitigen Schichtmache mit je 1 M. zu bestrafen. Die Beamten der betreffenden Schicht wurden, weil sie die Leute nach Ansicht des schuldigen Herrn Betriebsführers zu zeitig heraus gelassen hatten, mit je 5 M. bestraft. Der aussichtsführende Beamte beim Schacht entschuldigte sich damit, daß er die Leute, sollte ein Unglück geschehen, hätte herauslassen müssen. Doch was sagte der Betriebsführer Cronc dazu? "Hätten Sie die Leute die Knochen zerfahren lassen, heraus durften sie nicht." Eine solche Sprache vom Betriebsleiter des Werkes seinen Beamten gegenüber, denen er die schärfste Beobachtung der bergpolizeilichen Vorschriften einprägen sollte, spricht für sich. Was sagt der echte christliche Graf Magni zu solchen Gebahren eines seiner Beamten? Die Leiter der lath. Fachabteilung werden eine solche Behandlung für eine zeitgemäße halten, wenigstens werden sie sich hüten, Herrn Magni dafür auf die Finger zu klopfen.

Tiefbauschacht. Bisher war es dieser, dem Fürsten von Pleß gehörender Bütt, welcher in der "Bergarbeiter-Zeitung" schonend weggedommen ist. Das geschah nicht etwa deswegen, weil dort wenig Missstände vorhanden sind, sondern weil die betreffende Belegschaft noch unzufriedener als andere Belegschaften ist. Wie dort geradezu Schindluder mit den Arbeitern gespielt wird, zeigt folgender Fall. In der neuzeitlichen Abteilung brachen am 15. September Brandwetter aus, was zur Folge hatte, daß bis zum 21. September täglich $\frac{1}{2}$ der Belegschaft genannter Abteilung nach Hause geschickt wurde. Freuen die Arbeiter an, ob sie morgen ansfahren könnten, so hielt es, sie sollten nur kommen. Andernfalls könnten sie wieder zu Hause gehen. Den abgerakerten Arbeitern wären ja vier oder fünf Ruhtage zu gönnen gewesen, aber sie hätten ihren Lohn dafür erhalten müssen. Doch weit gefehlt, zum nächsten Abgang erhielten Leute statt 10 bis 11 M. 3 bis 4 M. ausgezahlt. Man bedenke, wenn ein Arbeiter nur eine Schicht ohne Urlaub feiert, sofort wird er mit einer Mark oder mehr bestraft, hier kommt die Grubeneverwaltung täglich hunderte umsonst hin- und herbeizutun, das war natürlich nicht strafbar. Wollte man die Leute, welche doch alle arme Leute sind, nicht entzündigen, dann könnte man mit Leichtigkeit die Kumpels während der paar Tage in andere Abteilungen über auf andere Schächte anlegen. Der Obersteiger Tüchtel dachte anders. In der Zimmerung werden Löhne von 3,50 bis 3,60 M. pro Schicht gezahlt, vor Ort ist es nicht viel besser. Bei solchen Verdiensten müssen die Arbeiter, trotz Beisichtungen, halb verhungern.

Wenzeliusgrube. (Mölk). Fast keine Woche vergeht, wo nicht über leichte oder tödliche und sonstige schweren Unfälle auf diesem Werk berichtet werden könnte. Das geschah nicht etwa deswegen, weil dort wenig Missstände vorhanden sind, sondern weil die betreffende Belegschaft noch unzufriedener als andere Belegschaften ist. Wie dort geradezu Schindluder mit den Arbeitern gespielt wird, zeigt folgender Fall. In der neuzeitlichen Abteilung brachen am 15. September Brandwetter aus, was zur Folge hatte, daß bis zum 21. September täglich $\frac{1}{2}$ der Belegschaft genannter Abteilung nach Hause geschickt wurde. Freuen die Arbeiter an, ob sie morgen ansfahren könnten, so hielt es, sie sollten nur kommen. Andernfalls könnten sie wieder zu Hause gehen. Den abgerakerten Arbeitern wären ja vier oder fünf Ruhtage zu gönnen gewesen, aber sie hätten ihren Lohn dafür erhalten müssen. Doch weit gefehlt, zum nächsten Abgang erhielten Leute statt 10 bis 11 M. 3 bis 4 M. ausgezahlt. Man bedenke, wenn ein Arbeiter nur eine Schicht ohne Urlaub feiert, sofort wird er mit einer Mark oder mehr bestraft, hier kommt die Grubeneverwaltung täglich hunderte umsonst hin- und herbeizutun, das war natürlich nicht strafbar. Wollte man die Leute, welche doch alle arme Leute sind, nicht entzündigen, dann könnte man mit Leichtigkeit die Kumpels während der paar Tage in andere Abteilungen über auf andere Schächte anlegen. Der Obersteiger Tüchtel dachte anders. In der Zimmerung werden Löhne von 3,50 bis 3,60 M. pro Schicht gezahlt, vor Ort ist es nicht viel besser. Bei solchen Verdiensten müssen die Arbeiter, trotz Beisichtungen, halb verhungern.

Menschenleben kosten, warum, weil man es nicht für nötig hält, zwei Männer als Flüschleßer hinzustellen. Ein anderer Fall, der dem geschilderten ähnelt, passierte am 8. September. An diesem Tage sollte bei der letzten Schicht ein Pferd aus der Grube über Tage gefördert werden. Der Förderkorb am Tiefbauschacht ist nur zur Aufnahme eines Wagens eingerichtet. Da das Pferd länger als der Wagen war, so wurde es hoch angebunden und zwar so, daß es den Kopf hoch halten mußte. Wegen der Beschränktheit des Korbes war es nicht möglich, wie es sonst üblich ist, daß auf der anderen Seite ein Mann zur Begleitung mitfährt, sondern es wurde zur Begleitung ein Mann auf den Korb gestellt. Während des Aufzuges wurde das Pferd unruhig und stellte die Tür des Förderkorbes auf, kam zwischen Schachtwand und Korb und wurde buchstäblich zermalmt. Als der Korb über Tage anstam, war kein Pferd mehr vorhanden. Was durch solche Anordnung mit dem Mann auf dem Korb geschehen konnte, ist wohl jedem klar. Was nützen die hausmeiste vorhandenen Bergpolizeivorschriften, wenn sie so auf Wenzeliusgrube, so kann sich die Bergbehörde noch auf manche Entschlüsse seitens der "Bergarbeiter-Zeitung" gesetzt machen. Doch noch weitere Missstände sind auf diesem Werk vorhanden. Die Seilschaft läßt viel zu wünschen übrig. Die lezte Schicht muß z. B. bis auf die dritte Scholle die Fahrten steuern, für sie ist die Seilschaft nicht vorhanden, wahrscheinlich, weil wünschlich die Förderung dadurch gestoppt werden könnte. Auch könnte die festgesetzte Zeit der Seilschaft bei der Aussicht besser eingehalten werden, damit nicht, wie es oft vorkommt, besonders bei der Mittagszeit, die Seilschaft eine Viertelstunde zu spät anfängt.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Befreiungen christlicher Beschimpfer!

Vor dem Schöffengericht in Vorbeck hatte sich am vergangenen Mittwoch der christliche Gewerbevereinssekretär und Landtagsabgeordnete Hermann Imbusch wegen Bekämpfung des Kameraden Polozny zu verantworten. Der Sachverhalt hängt eigentlich mit der Bergarbeiteraffäre im Reichstag zusammen. Bekanntlich griff S. B. Giesberts Hue im Reichstag schief an und bezeichnete ihn wegen der Veröffentlichung des geheimen Materials über das Wagnen und Wullen im Rücken des "Treubruchs". Hue habe sich jenseits von "Treu und Glauben" gestellt. Ferner wurde Hue wegen einer angeblichen falschen Darstellung über die Haltung von Bentumsabgeordneten in der Kommission, die das preußische Knapsacksgesetz beriet und wo ein Bentumsabgeordneter gegen das geheime Wahlrecht für die Invaliden stimmt, der "Verbreitung von Tatsachen" bezeichnet. Und zum letzten kam Giesberts her und erklärte, daß die Bentumspartei dem verpuschten Knapsacksgesetz erst dann zugestimmt habe, als eine Gewerbevereinsdeputation die Bentumspartei dazu angeraten habe. Giesberts gegenüber ausgesprochene Meinung sei aus den Ringen geflossen. Nun hat sich inzwischen herausgestellt, daß in Sachen des "Treubruchs" nicht Hue, sondern August Brust sich jenseits von "Treu und Glauben" gestellt hatte. Brust hatte vorher ausgeplaudert, trotzdem ihm ein Schlag gegeben wurde zum Schwelen verpflichtet. Was Hue sagte, war also kein Geheimnis mehr. Im zweiten Fall wurde festgestellt, daß in der Tat ein Bentumsabgeordneter in der Kommission gegen das geheime Wahlrecht der Invaliden gestimmt hatte und drittens hat es sich später durch Effert herausgestellt, daß die Gewerbevereinsdeputation durch den Mund Efferts bis zum letzten Augenblick sich gegen Annahme des Knapsacksgesetzes gesträubt hatte. Nicht Hue sondern Giesberts kam an den Pranger. Die Vorwürfe, die letzterer im Reichstag gegen Hue erhob, stehen also auf ihm selbst zurück. Und was noch schlimmer ist, Giesberts hat bis heute im Reichstag keine Niederschrift gegeben. Giesberts weiß warum! Er will sie aber, so scheint es, als ein Politiker angesehen werden, auf dessen Angaben und Bewertungen man später keinen Wert mehr legt, als daß er von der Reichstagssitzung herab einem von ihm beleidigten gegnerischen Kollegen Abhilfe leistet. Nicht einmal den Verlust hat er gemacht, sich selbst beim Reichstag zu rechtfertigen. Wir würden zu weit gehen, wollten wir auf die Ränke, die damals den "Feststellungen" Giesberts folgten, eingehen. Es hat ja einigermaßen Mühe kostet, bis die Sachlage genügend geklärt wurde, aber schließlich hatten sich die "christlichen" Strategen doch derartig verrannt, daß die Wahrheit nicht mehr hinterzuhalten war. Bis dahin wurden Hue, Polozny und die anderen Bergbauabgeordneten, Lünen, Gütingen und sonst weiß was noch genannt. Es war selbstverständlich, daß den christlichen Herrschäften vor Gericht Gelegenheit gegeben wurde, ihre Unschuldsvorwürfe nachzuweisen. Polozny verklagte einen gewissen Altenhaus in Gladbeck und Imbusch. Letzterer verklagte einen sich ganz besonders in seinen Schimpfereien hervortat. In Gelsenkirchen nahte im April Imbusch in einer Verlammung Polozny einen Lumpen und nur darum, weil dieser Hue in Schutz nahm. Altenhaus hat vor Gericht in Wue nach Anhörung des Sachverständigen — er hatte p. einen Lügner genannt — Polozny einen Vergleich angeboten der angenommen wurde, als N. sich bereit erklärte, die Kosten zu tragen und Abhilfe in der "Bergarbeiter-Zeitung" und im "Bergknappen" zu leisten. Mit Imbusch war nach Sachlage ein Vergleich von vornherein ausgeschlossen, da er ja in Gelsenkirchen erklärt hatte, vor Gericht den Nachweis für seine Behauptungen zu führen. Im Anfang des Termins sah es beinahe auch so aus, als wollte der Verklagte Anstalten dazu machen. Der Verteidiger Imbusch's hatte eine ganze Anzahl Zeitungen — Arbeiterzeitungen aus dem Ruhrgebiet, wie "Bergarbeiter-Zeitung" vor sich liegen. Der Herr machte Polozny den Vorwurf, wenn er nicht zeigen wäre, sich als Verfasser eines Artikels zu bezeichnen, da man dann Gegenklage erheben könnte, worauf p. erwiderte, daß Imbusch ihn p. oder die "Bergarbeiter-Zeitung" hätte verklagen können. Er würde sich dann vor Gericht schon genügend über die Verfasserschaft aussprechen bzw. ausgesprochen haben. Nicht wenn es dem Verteidiger genehm sei, spräche er sich aus, sondern wann es ihm und wie es ihm gefällt. Im übrigen halte et die Charakterisierung Imbusch in dem betreffenden Artikel für richtig. Von Feigheit könne also keine Rede sein. Der Verteidiger erklärte, in die Beweiserhebung nur insoweit eintreten zu wollen, als es sich um die Beschimpfung selbst handelt. Auf die früheren Auseinandersetzungen zwischen Verband und Gewerbeverein sollte nicht eingegangen werden. Ein von Polozny geladener Zeuge bestätigte dann die Ausführungen Imbusch's, während der Letztere sich damit verteidigte, daß er statt "Lump" nur "Lügner" gesagt haben wollte. Imbusch und sein Verteidiger suchten den Nachweis hierfür insoweit zu führen, als die "Bergarbeiter-Zeitung" den christlichen Gewerbeverein einen Beitrang gegeben habe, der in genannt habe! Polozny meinte, daß sich bei dieser Angelegenheit garantiert um die Bagatelle handelt, sondern die Ursache der Schimpfereien Imbusch's sei in dem oben schon erwähnten Sachverhalt zu suchen. Die Verteidigung hätte doch nicht umsonst den Hauptzeitungen als Belegmaterial mitgebracht. Die Beugen Imbusch's ver sagten völlig. Sie konnten sich weder "bestimmen" noch "erinnern", ob der Ausdruck Lump gefallen sei. Und als der Verteidiger Polozny's Imbusch zurief, daß er nach der Zeugenvernehmung nun nicht mehr seien, sondern den Mut haben solle, seine Bekleidung einzustecken, schwieg Imbusch verlegen. Vorher aber machte er vor Gericht noch den Verlust einem seiner Zeugen Worte in den Mund zu legen, die zu seiner Entlastung dienen sollten. Polozny machte Imbusch den Standpunkt klar, wie er sich Beugen gegenüber zu benehmen habe, was sich Imbusch dann auch zur Notiz nahm. Mehrfach kam es auch zu einem scharfen Kontraste zwischen dem Verteidiger Imbusch's und Polozny. Als erster in seiner Verteidigungsrede aus der "Bergarbeiter-Zeitung" einige scharfe Redewendungen gegen Imbusch vorwarf, nannte er diesen pöbelhaften Angriffe der "Bergarbeiter-Zeitung", dessen Chefredakteur Polozny sei. Polozny erklärte, daß alles das, was die "Bergarbeiter-Zeitung" gegen Imbusch vorgebracht habe, auf Wahrheit beruhe. Er sei bereit für alles das den Nachweis zu erbringen. Der Mann — auf Imbusch hinzuweisen — kann nichts anderes, als seine Gegner in der Wirklichkeit Weise zu beschimpfen. Er beschimpft jeden, der eine andere Meinung habe. In Hörthausen seien in einer christlichen Gewerkschaftsversammlung von etwa 600 Beugen nur neue als Zuhörer geblieben; die anderen hätten wegen der wütigen Beschimpfungen Imbusch's gemeinschaftlich den Saal verlassen. Vor Gericht lüge dann Imbusch, daß die neuen Männer die Versammlung, darunter Hue und Polozny so quasi hinaus geworfen hätten. Das sei Imbusch's Art zu kämpfen. Wenn der Verteidiger Imbusch's vorher von Wohlhaftigkeit gesprochen und die "Bergarbeiter-Zeitung" und ihm, (Polozny), dainit in Verbindung gebracht, dann gebe er den Verteidiger diesen Vorwurf — Wohlhaftigkeit — zurück. Imbusch wie sein Verteidiger, eine bekannte Bergarbeiter-Zeitung, waren zwischen blau und grün angelauft. Vor der Figur, die Imbusch sonst in Versammlungen macht, war im Gerichtssaal nichts zu sehen. Nun, die Folge der Verhandlung war, daß Imbusch mit 20 M. bestraft wurde, das Urteil soll in der "Bergarbeiter-Zeitung"

und im "Bergknappen" veröffentlicht werden. Schade nur, daß die Bergarbeiter-Zeitung nicht ausgerollt werden konnte!

Am 22. September hatte sich vor dem Schöffengericht in Dortmund der Vertretermann des christlichen Gewerbevereins, Bergmann Heinrich Klemmeyer aus Eichlinghofen zu verantworten. Klemmeyer hatte die Hauptung aufgestellt, der Verbandsvorstand habe Gelder unterschlagen. Vor Gericht suchte der Mann zu kneifen, aber er wurde durch Zeugen gründlich überführt. Dennoch scherte ein vor Gericht bezeugter Bergfachler an der Wehrung des Angeklagten, in der Presse eine Ehrenstätigung für die Verlegerin abzugeben. Der Angeklagte wurde zu einer Geldstrafe in Höhe von 25 M. oder fünf Tage Gefängnis verurteilt. Das Urteil ist auf Kosten des Angeklagten in der "Bergarbeiter-Zeitung" veröffentlicht worden, die Presse ist jedoch sehr zurückhaltend. Herr Klemmeyer wird seine Zunge für die Zukunft sicher zu zähmen wissen. Wollten wir alle Verleger — die mit das Opfer der S. B. eingeteilten — Bergarbeiter-Zeitung veröffentlichen, so wäre das eine Verleumdungskampagne der Gewerbevereinsleitung gegen den Verband sind — vor Gericht zerren, der Gewerbeverein müste zahlen, daß es so seine Art hätte. Noch schweben die Prozeßfei in der Spaniolische, worin ja meist Gewerbevereinsbeamte und Bentumsabgeordnete verwickelt sind. Schade um die Zeit, die darauf verwendet werden muss, aber den Leuten muss gezeigt werden, daß die wütigen Beschimpfungen ihre Grenzen haben müssen. Sind das Christen!

Die Gelben Arm in Arm mit den Hirschen und katholischen Fachabteilern.

Die "Bergarbeiter-Zeitung" hatte unter obiger Überschrift kürzlich eine Notiz veröffentlicht, die sich mit der Bekämpfung der "Hirsche" an dem Verbandsfest der "Gelben" in Waldenburg beschäftigt. Diese Bekämpfung, daß geben wir zu, ist in weiteren Hirsch-Dunkerschen Kreisen scharf verurteilt worden. Auch wir geben lediglich die Tatsache wieder und verurteilen das Gebaren der Hirsche in Waldenburg. Dafür behalten wir u. a. von dem Organ des Gewerbevereins der Deutschen Bergarbeiter (Hirsch-Dunker) "Der Bergarbeiter" folgende Nebenwürdigkeiten ein:

"Das sich aber die "Bergarbeiter-Zeitung" so sehr entrüstet, können wir noch nicht so ohne weiteres "klein" beladen. Was ist denn gar so schreckliches geschehen? Ich, der freudende Berg hat ein Männlein geboren. Wie oben bereits gesagt, bislang wie die Handlungswweise der Waldenburgser Kollegen nicht, die dabei nicht zum erstenmal aus der Reihe tanzen, aber so wichtig wie die "Bergarbeiter-Zeitung" die Sache macht, will sie uns denn doch nicht erscheinen. Die Waldenburgser Kollegen haben im höchsten Grade den Festzug militärmäßig und nach diesen für ihr Geld, einige Glas über einem Dache mit den Reichsstäben getrennt und ein Konzertstück gemeinsam mit ihnen angehört. Sollten sie zu allem Überfluß auch noch das Tanzbein mit ihnen zusammen geschwungen, oder gar — Nachbarin ihr Häuschen — mit einer Reichsstäben Tanzerin gewalzt haben, so will uns bedenken, daß dieses "Verbrechen" an der organisierten Arbeiterchaft nicht ein Gehalt des Freibücks, was Herr Alexander Schlie, der erste Vorsitzende des deutschen "freien" Metallarbeiterverbandes und Gewissen von den Hamburger Unternehmern ange nommen haben, aufweist."

Der "Bergarbeiter" sucht also prompt nach Entschuldigungen für das Verhalten der Kirche in Waldenburg, dabei meint das Organ, daß sich der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes eines früheren "Verbrechens" schuldig mache, als er ein Frühstück von den Hamburger Unternehmern angenommen habe. Das Hirsch-Dunkersche Organ tut gut daran, uns an dieses Frühstück zu erinnern. Diese niederrädrige Verleumdung des Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes Schlie, gehörte eine Zeitlang zu den beliebtesten Kampftypen, welche man im Lager der Kirche gegen den Metallarbeiterverband anzuwenden pflegte. Dem Schlie wurde nämlich von den Gewerbevereinern nachgefragt, er habe bei einer Verhandlung mit der Werft von Blohm & Voss in Hamburg vom Werftbesitzer 100 M. nebst einem Frühstück erhalten und dafür die Interessen der Arbeiter verraten. Besonders war es der "Regulator", das Organ des Gewerbevereins der Metallarbeiter, welcher diese Behauptung mit Beihagen verbreitete. Als Gleichauf, der Redakteur des "Regulator" von Schlie verklagt wurde, konnte der Angeklagte auch nicht die Spur eines Beweises für seine Behauptungen erbringen, er mußte vielmehr vor Gericht ausdrücklich angeben, daß an der ganzen Geschichte nicht ein wahres Wort ist. Das muß Gleichenburg librigens schon vor der Veröffentlichung des beleidigenden Artikels gewußt haben, denn er hatte denselben eine Form gegeben, die ihn seiner Meinung nach vor Strafe schützen sollte, obgleich der dem Kollegen Schlie gemacht Vorwurf mit zweifelsofer Deutlichkeit aus dem Artikel zu erkennen war. Dieser Meinung war auch das Schöffengericht Berlin-Mitte. Es verurteilte Gleichauf am 1. Mai zu 150 Mark Geldstrafe.

In der Berufungsinstanz schloss Gleichauf einen Vergleich mit dem Kläger und erklärte ausdrücklich, er habe keine Veranlassung, dem Kläger den Vorwurf der Verleumdung zu machen und werde diesen Vorwurf auch nicht wieder erheben.

Jeder rechtlich bedeutsame Mensch wird der Ansicht sein, daß hiermit die Frühstück- und Beleidigungsauslegung für Herrn Gleichauf ein für allemal erledigt sein müsse und daß diese Unwahrheit in seinem Blatt nicht wieder auftauchen würde. Aber es kann anders. — Am 26. Juni brachte der "Regulator" die "Hamburger Frühstücksvorwürfe" wieder zur Sprache und machte die Gleichauf selbst vor Gericht als unbegr

Kameraden aufgefordert, nach Bedarf oder Wunsch dieselbe einzusehen, wie hielten daß für den richtigen Weg. Wie wir nun erfahren, rätseln schändliche Agitatoren hinter um das Verhalten des Gewerksvereins bezüglicher Werbung und Verbreitung der "schwarzen Kette" zu verteidigen. Nun, wir überlassen das den gewerkschaftlichen Einrichtungen der Arbeiter, wie sie darüber denken. Nicht aber werden wir zugeben, daß sich Bergbänder ausdrücklich zu einem solchen Verhalten des Gewerksvereins gegenüber ausgesprochen haben, wie es der "Bergknappe" von unsrer Kameraden Wohle aus verzeichnet hat. Wie letzter uns berichtet, ist es unwahr, was ihm der "Bergknappe" in den Mund legt. Wohle hält das Vorwegen des Verbandes für vollständig korrekt und gewerkschaftlich, und seine Aussführungen in der christlichen Versammlung mühten sich noch bekannter Art "umgedeutet" werden, ehe sie der "Bergknappe" für brauchbar halten konnte.

Eine Verichtigung.

Wir erhalten folgendes Schreiben:
"An die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“ zu Bochum.

Wir erfreuen Sie auf Grund des § 11 des Preßgesetzes in Ihrer nächsten Nummer folgende Verichtigung zu veröffentlichen: 1. Es ist unwahr, daß der in Nr. 87 der „Bergarbeiter-Zeitung“ erwähnte Josef Hermann Vorstandsmittel der Bahnhofsstelle Braut des Gewerksvereins christlichen Bergarbeiter ist. Derzeit war weder Vorstandsmittel noch Vertrauensmann, sondern ein junger Mittelmann und wurde schon im Monat Juli aus dem Gewerksverein wegen Behauptung falscher Tatsachen ausgeschlossen. 2. Unnahrhaft, daß der Vorstand unserer Bahnhofsstelle vom Centralvorstand des Gewerksvereins 80 M. erhielt, die er in Alkohol umsetzte. 3. Wahr ist, daß wir einen vergnügten Abend veranstalteten, an dem sich jedes Mitglied beteiligen konnte, sofern es 1,80 M. für die Kosten desselben belegte. Unser Centralvorstand wußte eher die ganze Bahnhofsstelle aufzugeben, als daß er für eine Feste die Mittel bewilligte. Der Vorstand der Bahnhofsstelle Braut des Gewerksvereins Christl. Bergarbeiter. J. V.: Johann Diekmann."

Nachdrücklich ist der Redaktion. Im Vergleich mit unserer Notiz gestellt, ist nur berichtig, daß Hermann weder Vorstandsmittel noch Vertrauensmann der christlichen Bahnhofsstelle Braut war. Der Satz unter Nr. 2 ist keine Verichtigung, da wir eine derartige Behauptung garantiert aufgestellt haben und was unter § Herr Diekmann "berichtig" ist, daß er einen Saufabend zugibt, bei dem jedes Mitglied sich mit 1,80 M. beteiligen konnte. Das ist für einen Arbeiter zwar recht viel, dennoch hoffen wir, daß einem tüchtigen Haushalt nicht der vermeintliche Rahmenjäger gefolgt ist — auch nicht ein christlicher!

Obermarglosh. Zur Steuer der Wahrheit. Der "Bergknappe" beschreibt sich zum zweitenmaile mit dem schlechten Wahlresultat des Spengels in Obermarglosh und stellt dabei die Tatsachen auf den Kopf. Wir stellen fest, daß vom Gewerksverein kein einziger Mann so fehlgelegt da war, als wie notwendig, um zwei Beisitzer ernennen zu können. Erst fünf Minuten nach 9 Uhr ist der christliche Kandidat selbst gekommen, später der Bezirksleiter. Kamerad Zusätzlich ging selbst an die Polen heran, damit sie ihrerseits einen Beisitzer ernannten. Also verehrter "Bergknappe" waren ihre Leute plötzlich da, hätten wir uns um die Beisitzer verständigen können, wie es sonst auch der Fall ist. Es ist auch keine Anweisung seitens des Verbandes an die Knappenschaftsleiter ergangen. Röder hat selbst ein Interesse daran gehabt, daß ein Verbandskamerad gewählt wurde. Es ist nicht wahr, daß Kamerad Sandmann sich in die Nähe der Wahlurne hingesezt hat. Sandmann saß direkt am Eingange des Wahlzimmers. Ferner ist nicht wahr, daß S. aus dem Fenster allerhand Anweisungen gab, dazu waren die Verbandsfunktionäre da. Es ist ferner nicht wahr, daß Gewerksvereinsplatte abgerissen wurden. Ein Blatt wurde von kleinen Jungens beschädigt, denen der "Kronprinz" interessierte. Es ist auch nicht wahr, daß zwischen den polnischen Mitgliedern und den Verbändlern bestigk Ausseinerungen stattfanden. Wohl hat ein Mitglied der polnischen Verbandsverein Kamerad Zusätzlich beschuldigt. Er ging zu dem anwesenden Polizeierrgeant und ließ den Namen feststellen. Es steht fest, daß der Gewerksverein sowohl wie auch die Polen an den Allgemeinen Knappenschaftsverein Anträge eingesendet haben, um Erlaubnis der Aufnahmescheinigung wie die Verbändler. Weiter stellen wir fest, daß Gewerksvereiner in Hamborn sich direkt vor die Türe des Wahllokals gesetzt haben und zwar in die Nähe des Wahlzimmers. Es war kein Meter Entfernung zwischen diesen Gewerksvereinern und dem Wahlzimmers. Man kann hier die Kontrollkarte ab, ohne daß wir uns darüber aufgehalten haben, ebensoviel über die Walder, die der Bezirksleiter an Gewerksvereiner zählte.

Overbergamtbezirk Bonn.

Ein christlicher Messerheld.

In der Nacht vom 14. zum 15. September wurde in Neunkirchen, der Hauptstadt des Königreichs Stumm, der Sohn des Schuhmachers Künnecker von einem Agitator des christlichen Gewerksvereins, Friedrich Schmidt, erstochen. Schmidt war im Dezember vorigen Jahres zum Verband übergetreten, hat jedoch nur Eintrittsgeld aber keinen Beitrag gezahlt, weil er bald einschauen mußte, daß für ihn die Trauben im Verband zu hoch hingen und er trotz seines Versprechens, den größten Teil der Bahnhofsstelle des Gewerksvereins zum Verband herüberzuziehen, die erhoffte Anstellung nicht kriegen konnte. Er zog es daher vor, alsbald wieder zurück in den alleinig machenden Schöp des Gewerksvereins zurückzukehren, um dort sein Glück weiter zu versuchen. Für solche Clemente ist im Verband kein Platz. In einer Versammlung in Düsseldorf in der Platz erklärte er dann, er habe, als er dem Verband beigetreten sei, seine schwache Stunde gehabt, er sei deshalb gewesen. Der christliche Messerheld scheint, als er den Sohn des armen Schuhmachers niederschlägt, seine starke Stunde gehabt zu haben. Wir sind natürlich weit davon entfernt den Menschen als ein Produkt christlicher Erziehung hinzusehen, würden es sich jedoch um ein Verbandsmitglied handeln, wäre der "Bergknappe" gleich bei der Hand, dasselbe als ein Produkt sozialdemokratischer Erziehung zu bezeichnen.

Overbergamtbezirk Breslau.

3000 Mark Judaslohn.

Der Verein für die bergbauischen Interessen Niederschlesiens hat in seiner Sitzung vom 28. August, wie im Vorjahr, 3000 Mark für den "Bund vaterländischer Arbeitervereine" bewilligt. In dem geheimen Protokoll hierüber heißt es:

„Zum Punkt II der Tagesordnung — Stellungnahme zu einem Schreiben des Ausschusses zur Förderung der Bemühungen vaterländischer Arbeitervereine betreffend die Fortgewährung einer Unterstützung für den Bund vaterländischer Arbeitervereine — mögte der Vorsitzende die Versammlung mit dem vorliegenden Schreiben des Förderungsausschusses bekannt und befürwortete mit Rücksicht auf die guten Zwecke, die der Ausschuss schon bisher mit sichtbarem Erfolge verfolgt hat und mit Rücksicht auf die Aufgaben, die er neu in sein Arbeitsprogramm aufgenommen hat, auch für das laufende Jahr die Leistung einer Beihilfe.“

Es wurde beschlossen, die vorjährige Summe von 3000 M. mit der Maßgabe wiederum zur Verfügung zu stellen, daß dafür eine dem Gedanke der Werke entsprechende Anzahl von Gremplatten der Zeitschrift "Deutsche Kreue" gesetzt wird. Hierzu ist der Bedarf der einzelnen Werke von neuen zu erfragen.“

Außer dem "Feierabend" werden die Waldenburger Bergleute hinfällig also auch noch das gelbe Grubenzugt gratis geleistet erhalten. Wenn sie sich aber dadurch immer noch nicht vor der sozialdemokratischen Abteilung lassen, dann ist den Grubenherren überhaupt nicht mehr zu helfen.

An der betreffenden Sitzung teilgenommen haben die Herren: Dr. Grünenberg, Vorsteher, Moeller, Spratte, Reinhard, Lohmann, Oberbergamt, Höfner, Danilo, Liebeneiner, Tüller, Edert, Hammer. Entschuldigt fehlten die Herren: Falter, Arends.

Der Häupeling der Gelben.

Die "Münchener Post" entwarf kürzlich von dem Vater der gelben Streikverträge in Deutschland folgende recht anheimelnde Charakteristik:

"Der Urheber aller Schriftentwürfe der bayerischen Metallindustrie, der Häupeling der Gelben, ist — darmit ist nichts Unbekanntes ausgesprochen — der ehemalige Landgerichtsrat und jegige Direktor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Doktor Guggenheim. Wunder nehmen mich aber, daß gerade dieser Gentleman, gefäuselter Jude und jetzt königlicher Kronleuchternamtsrat, zu solchen Einfluss gelangen konnte, obwohl seine Vergangenheit ihn in keiner Weise zu einer führenden Person macht. Der nach ungewöhnlich Guggenheim machte als Universitätsstudent alle Anstrengungen, um in einem Münchener

Korps aufgenommen zu werden. Denn die Mitgliedschaft bei einem Korps von Namen ist später im Staatsdienst ein gutes Sprungbrett. Wille Guggenheim kostete in München vergeblich an, ein Würzburger Korps erkannte sich endlich seiner. Die Münchener Erfahrung, daß man als Israelit in der sogenannten Gesellschaft Schwierigkeiten begegnet, machte sich Doktor Guggenheim zunutze, als er auf die Braunschau klagte. Er wurde braver Katholik und heiratete die Tochter des Namensvermögens Nagelbauer. Der neuchristliche Ehemann brachte das Vermögen seiner Frau bis auf den letzten Pfennig durch und mißhandelte dann brutal die Frau, bis sie ihn davonfuhr. Um die Kinder erster Ehe bellimmerte er sich nicht, dagegen interessierte ihn jetzt die Frau eines anderen. Der damalige Landgerichtsrat bemühte seine innigen freundschaftlichen Beziehungen zu einem angesehenen Manne, um dessen Frau zu verführen. Als sein schmäßlicher Vertrauensmisbrauch auffiel, schoß er sich mit dem Beträgeren und wurde später zu langerer Festungshaft verurteilt.

Es wurde dann gegen Dr. Guggenheim ein Disziplinarverfahren eingeleitet, durch das er so belastet wurde, daß der Speich für ihn vernichtend gelaufen hätte. Man ließ dem Landgerichtsrat wohl unter der Hand wissen, welcher er sich zu verheiraten hätte, denn eines Tages erschien er beim Justizministerium, um unter Verdacht auf Pension, Titel usw., den sofortigen Abschied zu erbitten, den er auch erhielt.

Auch das Korps, dem Dr. Guggenheim angehört, schenkt sich mit der Sache beschäftigt zu haben; es muß aber wohl nichts herausbekommen haben, denn Dr. Guggenheim ist heute noch sein "alter Herr". Er hatte sich ja nicht oppositionell-politisch, sondern nur im Sinne guter Bürgerstift verhaftet. Man erzählte sich hierüber in München sonderbare Geschichten, die jedoch nicht kontrollierbar sind. Doch das steht fest: auch im Geschlehdungsprozeß versuchte es Dr. Guggenheim mit dem Ableugnen, allein es wurde das Gegenteil von dem, was er behauptete, erwiesen, und die Ehe, die Guggenheim in so persönl. Weise gestiftet hatte, wurde geschieden. Der ehemalige von Moral- und Autoritätsgläubigen triefende Staatsanwalt und Landgerichtsrat betrachtete nun die verführte Frau und adoptierte das in der stolzen Zeit gezeugte Kind, dessen Vater er war, wie es sich durch einen Brief Dr. Guggenheims, der im Geschlehdungsprozeß eine Rolle spielte, ergaben hatte. Schon als Staatsanwalt machte sich Dr. Guggenheim wegen seiner Schärfe gegen Arbeiter und Sozialdemokraten einen unehrenhaften Namen. Und obwohl Direktor Dr. Guggenheim in Augsburg gesellschaftlich boykottiert wird, denn man kennt seine Vergangenheit, herscht er heute mit unumschränktem Gewalt über die 3000 Arbeiter, die technischen und kaufmännischen Angestellten der Maschinenfabrik Augsburg und die bayrischen Metallindustriellen trotz allem große Stück auf ihn zu halten. Denn der Tressleiste ist so brauchbar.

So wurde er der Vater der gelben Gewerkschaften und der gehirnen Erlass der bayrischen Metallindustrien; auf ihn sind zum Teil die große Ausprägung 1905 und der bekannte Schandversuch zurückzuführen".

Wir hoffen, daß der "Feierabend" seine Leser nun ebenfalls mit den Personalien dieses würdigen Kämpfers der "nationalen Sache" etwas näher bekannt macht, der doch auch den Waldenburger "Reichstreuen" als leuchtendes Vorbild dient.

Oberschlesischer Arbeiterausschuß gegen den Fiskus.

Was wird geschrieben:

Um Sonnabend, den 19. September wurde eine Sitzung des Arbeiterausschusses der Königin Luise-Grube in Oberschlesien abgehalten. Die Tagesordnung lautete: Mitteilungen an die Vertrauensmänner, Anträge der Vertrauensmänner, Verteilung von Unterstützungen aus der Arbeiterunterstützungskasse. Der Vorsitzende, Bergdirektor Droscher, eröffnete die Sitzung und erklärte, daß die Anträge von der letzten Sitzung zum Teile berücksichtigt sind. Jetzt wurden folgende Anträge von Vertrauensmännern gestellt:

1. Erhöhung des Lohnes der Maschinenarbeiter.
2. Auszahlung des Kartoffelvorschusses in barem Gelde und daß der selbe nicht zu 10, sondern zu 5 Mark abgezogen wird.
3. Protest-Antrag gegen die Maßregelung des früheren Arbeiterausschusssmitgliedes Thiloß Blott.

Der letztere Antrag wurde von sämtlichen Vertrauensmännern unterzeichnet und lautet wie folgt:

"Der unterzeichnete Arbeiterausschuss der Königin Luise-Grube zu Zabrze protestiert auf Veranlassung der geführten Belegschaft gegen die Maßregelung des Arbeiterausschusssmitgliedes Th. Blott und gibt seinem Gehilfen und seiner Bewunderung darüber Ausdruck, daß die städtische Verwaltung der Königin Luise-Grube es unternommen hat gegen das Arbeiterausschusssmitglied Th. Blott, der sich seit vier Jahren in redlicher Weise bemüht, seine Pflichten als Arbeiterausschusssmitglied zu erfüllen, und in dieser Zeit freis bestrebt gewesen ist die Interessen der Belegschaft nach verschiedenen Richtungen hin, besonders in wirtschaftlicher Beziehung zu fördern und sich auch einwandfrei geführt hat, auch weder gegen die bergpolizeilichen Vorschriften verstößen, noch in litthischer und moralischer Hinsicht sich nicht das Geringste hat zuschulden kommen lassen.

Der Arbeiterausschuss protestiert daher im Antrage der gesamten Belegschaft der Königin Luise-Grube gegen die Maßregelung des genannten Ausschusssmitgliedes, da die Maßregelung in ungerechter Weise erfolgt ist.

Der Arbeiterausschuss der Königin Luise-Grube zu Zabrze."

Diesen Antrag begründete Vertrauensmann Meister und sprach: "Ich kann nicht begreifen, warum die fiskalische Grube die Leute maßregelt, die sich politisch betätigen. Der Reichskanzler Bülow hat doch im Parlament gewußt, daß kein Mensch gerechtigkeit werden soll wegen seiner politischen Überzeugung. Auch bei Beratung über die Bergregelung novelle hatte der Fr. v. Leditz einen Antrag gestellt, daß die Arbeiterausschüsse sich von der politischen Betätigung auszuschließen haben. Der Antrag wurde aber mit großer Majorität abgelehnt. Ich bin also der Meinung, daß wir uns politisch betätigen dürfen.

Vorsteher: Dass der Blott die Arbeitereffekte gut vertreten hat, daß man ihn anerkennen. Er wurde aber deshalb nicht entlassen, nur deswegen, weil er für den Verband und die Umsatz-Partei agitiert hat und ich als Vertreter der fiskalischen Welt darf solche Leute in unserem Betrieb nicht dulden. Lebhends haben wir alle gleiche Rechte. Der Arbeiter kann kündigen, wenn es ihm nicht gefällt und wir können auch kündigen, wenn wir wollen. Weiter meinte der Vorsteher, daß jeder Arbeiter kann glauben, was er will und angehören, welchem Verbande und Partei er will, da hat niemand etwas dagegen, er darf aber nicht agitieren!

Ja! Krieger- und sonstige Vereine können Blattes im Grubenlohe anleben und agitieren, so viel sie wollen. Sie werden dafür noch in Schlag genommen. Wenn aber ein sozialdemokratischer Arbeiter seine Meinung aussagt, dann wird er sofort aus Straßenpflaster hinausgeworfen und dann heißt das: Gleiche Rechte für alle! Hinein, Kameraden, in den Verband, denn nur durch eine stark Organisierte können wir die Herren nötigen, daß sie unser Sozialstaat respektieren.

Neurode (Schlesien). Die katholischen Fachabteilungen und ihre Führer machen allerorts ungeheure Anstrengungen, um ihre allein seltigmachende Organisationsform den Arbeitern schrifthaft zu machen. Und der Reidt muß es den Leuten lassen, sie verstecken es meisterhaft, Tamtam zu schlagen. Wer nach den Neuheiten und nach dem Geschriebel des "Arbeiter" urteilen würde, der könnte glauben, daß sich diese "Organisation" in riesigem Aufschwung befindet. Doch haut man gewaltig daneben, wenn man den Guts- und Spezialkasten zum Maßstab ihrer Stärke nimmt. Wenn irgendwo das Wort gilt: "Biel Gescheit und wenig Woll", dann ist vorliegenden Falle. Jüngst hielt zwei Schreiber der Fachabteilung Versammlungen im Neuroder Kreise ab. In diesem Kreise, von wo ihr geistiger Mährer, der Reichstagsabg. Dr. Fleischer in den Reichstag entsandt ist, hoffte das Brüderpaar Bull-Straube jedenfalls reiche Gute einzubringen. Aber o weh, selbst die Arbeiterschaft des Neuroder Kreises bis auf den ausgeworfenen Blöder nicht an. Es war in erster Linie auf Bergarbeiter abgesehen, sie waren besonders hierzu eingeladen worden. Trotz all der riesenhaften Plakate sagten die beiden Fleißerapostel in den meisten Versammlungen völlig allein da, sodaß sie ihre Geistesprodukte, soweit von Geist dabei überhaupt die Rede sein kann, nicht los zuwerben vermochten. Soweit Versammlungen zu stande kamen, legten sie sich zu einem guten Teil aus Anhängern der freien Gewerkschaften zusammen. Wie die Freiheit bei den Schwarzen in der Praxis aussieht, davon bekamen die Versammlungsbefürcher neue Proben zu spüren; unseren Rednern wurde nirgends volle Redefreiheit gewährt; sie sollten nur das sagen, was den Versammlungsleiter Bull-Straube gefiel, andernfalls wurde das Wort entzogen. So erging es denn auch nachmehreren unserer Freunden Kipin, Tholl und Schönmalder. In Ludwigsdorf-Mörsdorf hatten sich die Anwälte der Mitglieder des Anna-Vereins vertrieben, die waren denn auch vollständig erschienen. Auf der rechten Seite des Saales sagten dichtgedrängt die Kameraden, Rath

dem Referat Straubes sprachen von unserer Seite Tholl und Schönmalder. Ihre Aussführungen waren jedenfalls Herrn Bull unbekannt und so wurde Ihnen auch diesmal das Wort entzogen mit der kindlich-naiven Begründung: Es (Bull) könne nicht zugeben, daß für den Bergarbeiter verboten Propaganda getrieben werde. Mit dieser Neuerung, daß Bull, wie wenig Werbekraft er seinen Ideen zuteilt. Auf die Aufforderung vom Kameraden Tholl verzehrte dann der gräßte Teil der männlichen Versammlungsbefürcher und ein Teil der weiblichen den Saal; den Fachabteilern blieben außer den Mitgliedern des Anna-Vereins ganze 11 Männer, welche nicht Arbeiter, vor denen sie ihre Gastrolle zu Ende führten. Als Abschluß dieser verunglückten Fachabteilungskampagne fand eine von unserer Seite einberufene öffentliche Versammlung statt, die überfüllt war. In dieser wurde noch einmal das ganze bisserige Gefahren der Fachabteilungen und ihre völlige Wertlosigkeit und Schädlichkeit für die Arbeiterschaft erwiesen. Die Versammlten zollten den Aufführungen lebhafte Beifall. Jedermann hat das Dingen geplante Versammlungen, wovon die Knappe Hälfte überhaupt stattgefunden hat, gezeigt, daß selbst in diesem Winkel Schlesiens die Fachabteilungen an ihrer eigenen Bedeutungslosigkeit und Schädlichkeit zu Grunde gehen müssen, ein Schiefal, das sie redlich verdient haben. Die paar geistig Armen, die sich in ihren Vereinen befinden, schenken wir ihnen. Es muß übrigens jedem Arbeiter klar sein, daß, wenn ein Dr. Fleischer die Unterstützung konservativer Wahlrechtsfeinde und industrieller Scharfsincher finden könnte, an dem von ihm vertretenen Prinzip nichts vernünftiges sein kann. Diese Erkenntnis, daß mit den darüberliegenden Arbeitern nur ein Gauleispiel vollführt wird, bricht sich immer mehr dahin. Den Knappen aber engster Zusammenschluß im Verband der Bergarbeiter Deutschlands empfohlen.

Zabrze, Rorsanth und Genossen versuchen es jetzt mit allen Kräften, die politischen Bergleute zu überzeugen, daß sie nur im polnischen Lager ihre Erfüllung finden können. Sie müssen aber an erster Stelle den "Kuryor Śląski" oder den "Polak" lesen und dann auch Mitglied vom überseitischen Verein zur gegenseitigen Hilfe Beuthen, Oberschlesien" welcher im Jahre 1889 von Steigern und Gewerbetreibenden gegründet und vom Geistlichen Stanislaus Gladyszewski mit einem Statut versehen und sanktioniert wurde. Nach der Gründung wollten alle die Vorstandsrolle spielen, sodass das Landgericht Beuthen Oberschlesien eine Entscheidung am 18. November 1891 in dieser Angelegenheit treffen musste. Was dieser Verein für die Arbeiterschaft seit seinem Bestehen geleistet hat, müssen die hiesigen Arbeiter selbst zu erzählen und mit Recht neuen sie diesen Verein "Verein zur nützlicheren Hilfe". Überhaupt Petitionen wurden angeblich an die verschiedenen Behörden abgefangen, Versammlungen abgehalten, in welchen man aber anstatt die überseitischen Berg- und Hüttenarbeiter zu lehren, von wem und wie sie ausgebeutet werden, herkam und den Bergleuten Märchen aus vergangenen Zeiten und von religiösen Dingen erzählte. Jetzt, wo der Verband der Bergarbeiter Deutschlands in Oberschlesien Fuß gesetzt hat, sangen die Arbeiter an sich über die Lage nachdrücklich, was nicht in den Sinn der Führer des Vereins zur nützlicheren Hilfe" passt. Sie wissen es sehr gut, daß der Bochumer "sozialdemokratische" Bergarbeiterverband, wie sie ihn nennen, für sie ein offenes Grab ist. Um die "roten" Heger verächtlich zu machen, zeigen man vor keinem Mittel zurück. Die schmähesten Angriffe aus der Knappelsammer des Reichsflüglerverbands werden in den Köranty- und Napieralbstölkätern veröffentlicht. Das Organ des Vereins zur gegenseitigen Hilfe "Wojciechowa Pomoc" weiß nichts anderes mehr zu schreiben, als die schwindelhaften Märchen, Kunst mit uns den Feind, der Kapitalismus, an bekämpfen und für die Arbeiter gegen einander. Am Sonntag, den 18. September wurden die Leute direkt aus der Kirche Zabrze ins daneben stehende Vereinshaus (Eigentum des Pfarrers Schmidts) zu einer Versammlung gerufen, wo Köranty mit derselben Geistlichkeit, die im Jahre 1903 gegen ihn witterte, auf Blöße ertraten. Köranty hat in Gegenwart der Geistlichen und der polnischen Juilletzling küsselweise seine schmähesten Angriffe auf die Arbeiterbewegung ausgeschüttet. Bergessen hat er, den anwesenden Berg- und Hüttenarbeiter zu sagen, warum sie schlecht bezahlt und wie sie ausgebeutet werden, bzw. ausgebettet werden. Zwei Stunden Zeit

